

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 152.

Donnerstag, den 2. Juli 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Radaupolitiker?

„Ist der Ruf mal ruiniert, ist man gänzlich ungeniert.“ Dies scheint das Motto zu sein, nach dem fortin die Freisinnige Volkspartei zu arbeiten und sich zu verhalten beabsichtigt. Bekanntlich hat sie sich seit Beginn der Blockpolitik und insbesondere jetzt wieder während der preußischen Landtagswahlen verartig kompromittiert, daß alle anständigen Politiker zu der Meinung neigen: Höher gehts nimmer. Aber weit gefehlt! Die „Führer“ des Freisinn, weit entfernt, jetzt endlich einmal einzuklinken und darauf bedacht zu sein, ihren gründlich zerkaulerten Ruf wieder ein bißchen zu reparieren, scheinen aus all den Ereignissen nur die eine Lehre zu ziehen, daß es jetzt gar nicht mehr darauf ankomme, sondern daß sie sich nun einfach alles leisten können, wovon bisher vielleicht ein Rest von Scham sie abgehalten hat.

Die Frage, die jetzt in die erste Reihe des politischen Interesses rückt, ist die Reform der Reichsfinanzen. Auf diesem Gebiet ist der Freisinn allerdings schon seit langen Jahren und nicht erst seit 1907 kompromittiert. Er hat die Frage der Finanzen niemals prinzipiell behandelt. Auch sein „großer“ Führer Eugen Richter, dem wir gerade auf diesem Gebiete gewisse Verdienste keineswegs abstreiten wollen, hat seine Opposition immer darauf beschränkt, gewisse Absätze zu erzielen. Niemals in seinem ganzen Leben hat er begriffen, daß es ein demokratisches Prinzip ist — und sogar eines der wichtigsten — die Einnahmen und Ausgaben des Staates unter strengster Kontrolle des Parlaments zu halten, und daß folglich schon aus diesem Grunde eine demokratische Partei keine indirekten Steuern bewilligen darf. Es wäre also falsch, wenn man die zerfahrenen Haltung des Freisinn auf dem Gebiete des Finanzwesens seinen jetzigen Führern allein in die Schuhe schieben wollte. Aber die Art und Weise, wie diese Herren sich jetzt zur Finanzreform im Herbst vorbereiten, steht denn doch auf einem ganz andern Blatt.

Man weiß, daß Herr v. Payer im Reichstag als oberste Richtschnur freisinniger Politik verkündet hat: nichts zu tun, was der Regierung einen Vorwand geben könnte, den Freisinn „auszuschalten“. Während der Wahlbewegung war dieser Ausspruch dem Freisinn in Preußen unbenommen. Denn bekanntlich lautete der Röhder, womit er die preußischen Wähler zu fangen gedachte: je mehr Freisinnige im Abgeordnetenhaus, desto günstiger die Aussichten der Wahlrechtsreform. Nun konnte man ihm aber entgegen und hat das natürlich auch in reichlichem Maße getan: was kannst du armer Teufel bieten? Dir zuliebe gibt die Regierung noch lange kein demokratisches Wahlrecht, denn sie weiß ja, du willst nicht „ausgeschaltet“ sein. — Da war es denn nötig, eigens für die Bedürfnisse des Wählerfangs ein neues Sprüchlein zu erfinden. Das lautete so: wir werden schon zeigen, was wir für Kerle sind. Freilich, im Abgeordnetenhaus sind wir zu wenig, direkt können wir da nichts ausrichten; aber im Reichstag braucht uns die Regierung; da werden wir ihr im Herbst, wenn sie neue Steuern haben will, kalt lächelnd erklären: erst das demokratische Wahlrecht für Preußen, dann neue Steuern fürs Reich; das zweite nicht ohne das erste. Und so werden wir die preußische Wahlrechtsreform erzwingen.

Ob und wie weit dieser Sirenenfang gezogen hat, das kann natürlich kein Mensch wissen. Aber jeder Ehrliche wird zugeben, daß der Freisinn hiermit eine bindende Verpflichtung übernommen hat. — Beiläufig bemerkt, ist in unserer Augen dieses Geschäft, auch wenn es redlich durchgeführt wird, ebenfalls durchaus verwerflich. Denn es liegt doch darin, daß man das preußische Wahlrecht eventuell durch volkschädigende Steuern erkauft. Aber vom Freisinn kann man natürlich mehr als solche Schachergeschäfte überhaupt nicht erwarten.

Jetzt haben wir die Wahl hinter uns. Jetzt wäre es an der Zeit, daß der Freisinn sich zur Erfüllung der ihm obliegenden Verpflichtung rüstet. Statt dessen hat bereits vor etwa 10 Tagen das Münchener Organ des Herrn Müller-Meinungen entriestet gegen solchen Ruhhandel protestiert, und nunmehr erklärt auch die „Freisinnige Ztg.“ in aller Form, daß die Wähler, die auf so etwas hofften, einfach genarrt worden sind. In einem Leitartikel über „Freisinn und Reichsfinanzreform“ wird das Versprechen, das der Freisinn den preußischen Wählern gegeben, mit folgenden Worten abgetan:

„Sie (die Anhänger demokratischer Anschauungen) werden sich in ihrer Haltung nicht durch Momente, die ganz außerhalb der Sache liegen, beeinflussen lassen.“

Es würde einer Abdankung, des entschiedenen Liberalismus als ernst zu nehmender Partei verzweifelt

ähnlich sehen, wenn er von vornherein und nur aus äußeren Gründen seine Mithilfe an einem so bedeutenden und wirtschaftlich so folgenreichen Werke, wie es die Reichsfinanzreform ist, versagen wollte. . . .“

Und endlich, die stärkste von seinen Künsten:

„Der Freisinn wird auch jetzt alle Steuerfragen lediglich nach ihrem sachlichen Werte prüfen, unbekümmert um das Geschrei von Radaupolitikern in unverantwortlicher Stellung, die bei jeder Gelegenheit das Wort demokratisch unnützlich im Munde führen, ohne von dem Wesen der Demokratie mehr als den Namen zu kennen.“

Diese Beschimpfung soll ja — möglicherweise — nur die ehemaligen Mitglieder des Freisinn treffen, die sich um Barth gruppieren. Aber sie trifft in Wirklichkeit vor allem hervorragende Vertreter des Freisinn selbst. So war es, um nur einen zu nennen, der berühmte Strafrechtslehrer Professor von Liszt, der als Kandidat, jetzt Abgeordneter, der Freisinnigen Volkspartei für Charlottenburg, den Gedanken eifrig verfolgt. Ihn wirft also nunmehr die „Freisinnige Ztg.“ zu den „Radaupolitikern in unverantwortlicher Stellung“, die vom Wesen der Demokratie nur den Namen kennen.

Um aber diese freche Verhöhnung der Wähler und zum Teil der eigenen angesehenen Parteivertreter fertig zu bringen, hält die „Freisinnige Ztg.“ zunächst eine tiefgründige Vorlesung über demokratische Prinzipien. Bewundert spigen wir die Ohren. Ausgerechnet die „Freisinnige Ztg.“, deren Beruf darin besteht, demokratische Prinzipien zu verlegen, die will andere Leute über demokratische Prinzipien belehren? — Aber natürlich, das macht sie alles im Handumdrehen. Sie beweist auch haarklein, daß ihr ganzes Verhalten nur von demokratischen Prinzipien bestimmt war, ist und sein wird für alle Zeit. Papier ist ja geduldig und „beweisen“ läßt sich schließlich alles. Die „Freisinnige“ macht das so:

„Das Wesen der Demokratie besteht doch darin, daß die Minderheit sich den Beschlüssen der Mehrheit unterordnet und sie auch als für sich maßgebend betrachtet. Sobald mit Hilfe einer wie auch immer gearteten Mehrheit irgend ein Gesetz zustande gekommen ist, hat sich nach demokratischen Grundfätzen die Minderheit sofort auf den neu geschaffenen Rechtsboden zu stellen und ihn anzuerkennen.“

Dieser Jesuitismus läßt wahrlich alles hinter sich, was darin bisher geleistet worden ist. Das Wesen der Demokratie besteht in dem Streben nach Freiheit und Gleichheit, nach Selbstbestimmung und Gleichberechtigung. Wenn sich innerhalb der Demokratie Meinungsverschiedenheiten ergeben über die besten Mittel zur Verwirklichung dieses Strebens, dann gilt als taktische Richtschnur die Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheit. Wenn aber z. B. eine Mehrheit sich entschließt, das Streben nach Freiheit und Gleichheit aufzugeben und lieber für Knechtschaft und Ungleichheit zu arbeiten, dann würde es dem Wesen der Demokratie ins Gesicht schlagen, wollte die Minderheit sich diesem Mehrheitsbeschluss fügen. Dies verschweigt die „Freis. Ztg.“ und sucht ihren Lesern einzureden, daß die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit an sich das höchste demokratische Prinzip sei. Da sie geht so weit, selbst die Unterordnung unter die Beschlüsse einer gegnerischen, reaktionären Mehrheit als „demokratisches Prinzip“ hinzustellen. Man beachte, zu welcher wunderbaren praktischen Schlussfolgerungen das führt! Wohl hat die Minderheit das Recht, auf eine Änderung der Gesetzgebung hinzuwirken,

„aber so lange das nicht geschehen ist oder geschehen kann, hat sie die Beschlüsse der Mehrheitspartei ebenso auf sich zu nehmen, wie diese Mehrheit selbst.“

Was der Freisinn hierunter in der Praxis versteht, das beweist die ganze Blockpolitik. Also ist glücklich das Kunststück fertig gebracht, die Blockpolitik als Ausfluß und Konsequenz des demokratischen Prinzips nachzuweisen! Noch fruchtbarer jedoch erweist sich dieses „Prinzip“ innerhalb der eigenen Partei. Dort heißt es: während der Wahlbewegung können die Agitatoren immerhin den Wählern erzählen, man werde die Bewilligung der Steuern von der Wahlrechtsreform abhängig machen. Nachher beschließt die Mehrheit anders, und dann verlangt es doch das „demokratische Prinzip“, daß man sich ihr unterordnet. Und wer das nicht will, sondern etwa auf Erfüllung gegebener Versprechen dringt, der ist eben ein „Radaupolitiker“, selbst wenn er Professor von Liszt heißt.

Nach alledem steht es heute schon fest, daß der Freisinn bei der Reichsfinanzreform die Interessen des Volkes ebenso verraten wird, wie er das bisher überall getan hat.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Ausfall der Gemeinderatswahlen

in Straßburg hat bei den bürgerlichen Parteien fast ohne Ausnahme ein Freudengeheul ausgelöst. Trotzdem hierzu absolut kein Anlaß vorliegt, denn unsere Stimmenzahl stieg von 6450 auf 8545, so gönnen wir den Herrschaften doch das Vergnügen. Jedes Tierchen hat eben sein Plästerchen. Wenn wir nun hiervon Notiz nehmen, dann nur deshalb, weil die bürgerlichen Lintenkulis aus diesem Anlaß mit den ärgsten Lügen gegen uns vorgehen. So schreibt die „Deutsche Tagesztg.“ — und die „Freisinnige Zeitung“ druckt das schmunzelnd nach — über den Ausfall der Wahl in Straßburg:

Wie die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit in der Zeit, wo sie am Ruder saß, gewirtschaftet hat, das mögen einige wenige Zahlen beweisen. Seit 1903, dem Beginne des roten Regiments, haben sich die städtischen Finanzen in unbeschreiblicher Weise verschlechtert. Während damals die Stadtkasse einen hübschen Überschuß aufwies, schließt sie jetzt ihre Jahresrechnungen mit einem bedeutenden Defizit ab; das Budget hat sich in der kurzen Zeit um 50 Prozent erhöht, nämlich von 8 1/2 Millionen auf 13 1/2 Millionen. Die städtischen Zuschlagspfennige sind um 200 Prozent gestiegen worden. Das Schuldenkonto weist in der gleichen Zeit eine Steigerung von 16,8 auf 45,5 Millionen auf, zu denen noch 29 Millionen sonstiger Verbindlichkeiten kommen. Das heißt die Stadt Straßburg hat unter der glorreichen Leitung, die sie dem Reichstagswählerrecht verdankt, es fertig gebracht, binnen 5 Jahren mehr Schulden zu machen, als das ganze Reichsland Elsaß-Lothringen, dessen gesetzgebend vorzüglich arbeitender Landesausschuß allerdings nach sozialdemokratischer Ansicht durch ein „elendes Wahlrecht“ zustande kommt. Dieser unverantwortlichen Verschlechterung der städtischen Finanzen stehen, außer den üblichen sozialen Zuwendungen an die städtischen Arbeiter, gar keine positiven Leistungen, nicht die kleinste wirklich gemeinnützige Einrichtung gegenüber.“

Nun ist das beste an der ganzen Sache, daß die Sozialdemokratie im Straßburger Gemeinderat noch nie die Mehrheit gehabt hat. Die Sünden, die man also der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben versucht, fallen auf die bürgerliche Gemeinderatsmehrheit zurück. Das Verhältnis war nämlich folgendes: Von 36 Sitzen im Gemeinderat hatte unsere Genossen 16 inne; die Bürgerlichen verfügten also über 20 Sitze. Da hat sich das bürgerliche Preßgelichter selbst eine klatschende Maulschelle verseht!

Im Übrigen ist es interessant, einmal zu hören, wie ein gleichfalls bürgerliches Blatt, die blocktreue „Frankf. Ztg.“, über die Mitarbeit der Sozialdemokratie im Straßburger Gemeinderat urteilt. Das Blatt schreibt unter anderem:

„Die Sozialdemokratie hat in den Jahren, in denen sie zur Mitarbeit auf das Rathaus berufen wurde, fleißig mitgearbeitet, manches angeregt und manches ausgearbeitet. Die Verantwortung für den sozialen Fortschritt in der Gemeindepolitik hätten wir gern mit ihr geteilt, aber wir zögern auch nicht, sie jetzt in ihrer ganzen Schwere auf die Demokratie und den fortschrittlichen Liberalismus zu legen.“

Was sagen die „Deutsche Tagesztg.“ und ihre liberalen Nachbeter zu dieser Meinungsäußerung?

Die Norderner Tafelrunde,

die im Vorjahre so unheilvoll für das deutsche Volk gewirkt hat, kann in den nächsten Wochen und Monaten wieder in Aktion treten. Bülow ist nämlich in Nordern eingetroffen und wird von hier aus des Deutschen Reiches Politik lenken. Nun kann er wieder die Führer seiner Blockkinder zur Tafel bestellen und sie zur Zustimmung zu den Reichsfinanzreformplänen bewegen. Gelingen wird ihm diese Arbeit sicherlich, denn die Blockgesellen folgen ihrem Bülow wie artige Kinder ihrem Papa. Das deutsche Volk aber muß die Zechen für diese Tafelrunde und ihre Folgen bezahlen.

Als Friedensstörer

werden in der bürgerlichen Hezpreffe die Franzosen hingestellt. Die französischen Staatsmänner spielen sich dagegen als die total Verkannten auf und schieben alle Schuld an der gespannten internationalen Lage einem Teil der deutschen Presse und der deutschen Politik zu. Der französische Ministerpräsident Clemenceau soll sich kürzlich über die Lage wie folgt geäußert haben:

„Ich bin wie der Reifende, der auf der Landstraße einherwandelt und der plötzlich erfährt, daß seine Feinde darüber beraten, ob sie über ihn herfallen sollen oder nicht. Unwillkürlich greife ich da zu meinem Revolver, sehe ihn an und lade ihn mit scharfen Patronen, um auf alles gefaßt zu sein. Aber da rufen die anderen sofort, ich hätte stets einen Revolver bei mir zum Schießen auf den Gegner.“

wenn ich dazu eine günstige Gelegenheit finde. Meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist es doch, bei der schwandenden Berliner Politik und bei der Heberei eines Hardens und der mehr oder minder offiziellen deutschen Presse, mir unser Rüstzeug prüfen anzusehen und unseren Kriegsmilitär auf unsere Ostgrenze aufmerksam zu machen. Sobald wir aber unsere Garnisonen an der Grenze etwas aufrühten; dann behaupten die Leute sofort, wir bereiten einen Angriff vor."

So ganz einwandfrei ist Frankreichs Marokkopolitik, die zur Spannung wesentlich beitrug, zwar keineswegs. Ebenfalls kann aber verkannt werden, daß die deutsche Politik ebenso schwankend, wie ungeschickt und töricht ist, sowie daß in der schändlichsten Weise von manchen Presseorganen zum Kriege gehetzt wird. Umso nachdrücklicher hat das deutsche Volk zum Ausdruck zu bringen, daß es die Kriegstreiber auf das schärfste verurteilt.

Bei der Reichstagswahl

Im Wahlkreis Colmar-Czarnikau-Felchne wurden Dienstag abgegeben für Ritter (kons.) 9594, Lebinski (Vole) 6528, Hoffmann (Reformp.) 3650, Altman (natlib.) 2356 und Schulz (Soz.) 1003 Stimmen. Zerplittert waren 17 und ungültig 11 Stimmen. Mithin ist Stichwahl zwischen Ritter und Lebinski erforderlich.

Hohe Kohlenpreise — niedrige Bergarbeiterlöhne.

Die Kohlenmagnaten des Westens wissen drauf zu laufen. Die Rennmisterien mit den hohen Bergarbeiterlöhnen, durch die zugleich die hohen Kohlenpreise gerechtfertigt werden sollten, haben nicht lange vorgehalten.

Die Einkommensverhältnisse der Bergarbeiter haben im ersten Quartale 1908 eine Verschlechterung erfahren. Um so auffälliger muß es erscheinen, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ aus der amtlichen Lohnstatistik eine weitere Besserung der Einkommensverhältnisse herausliest. Das ist nur möglich, wenn man das erste Quartal 1908 mit dem entsprechenden Quartal 1907 vergleicht. Aus einem solchen Vergleich geht allerdings hervor, daß der Vierteljahrsverdienst der ersten drei Monate 1908 zwar noch über dem des Vorjahres steht, aber diese Feststellung ändert nicht die unerfreuliche Tatsache, daß vom vierten Quartale 1907 auf das erste Quartal 1908 eine Verkürzung des Schichtlohnes eingetreten ist, und daß infolge dieser Lohnverkürzung auch der Vierteljahrsverdienst abnehmen mußte.

Die Schichtleistung wird niedriger bezahlt, und das ist der springende Punkt für die Beurteilung der Lohnverhältnisse im Bergbau. Diese Feststellung kann und darf nicht ignoriert werden, um so weniger, als die Kohlenpreise von ihrem bisherigen hohen Stande noch nichts eingebüßt haben. Wenn nun aber die Öffentlichkeit dahin unterrichtet wird, daß sich die Einkommensverhältnisse der Bergarbeiter noch gebessert hätten, so wird dadurch der Eindruck erweckt, als ob auch der Lohnanteil an den hohen Preisen schuld sei, während gerade umgekehrt vom ersten Quartal 1908 ab dieser Lohnanteil pro Tonne Steinkohle eine Verminderung erfahren hat. Der Schichtverdienst gestaltete sich in den einzelnen Quartalen im Durchschnitt des gesamten preussischen Bergbaues wie folgt in Mark:

1. Quartal 1907	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quart. 1908
4,19	4,28	4,33	4,40	4,31

Die Verringerung des Schichtverdienstes war im ersten Quartal 1908 sogar schon so erheblich, daß er bereits hinter dem Schichtverdienst im dritten Quartal 1907 zurückbleibt. Eine andere Deutung der Lohnnachweisungen im ersten Quartal 1908 ist durchaus unzulässig. Bitte, bei der Wahrheit bleiben!

Die Tabaknot.

Wie aus Köln gemeldet wird, tagte dort vom 26. bis 28. Juni eine aus allen Teilen Deutschlands stark besuchte Versammlung der Tabakberufsgenossenschaft und des Tabakvereins. Die Verhandlungen fanden merkwürdigerweise unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Es wird mitgeteilt, daß eine Resolution beschlossen wurde, wonach die durch die Weltmarktlage für den Tabak fortgesetzt sich verschärfenden Schwierigkeiten der Versorgung des deutschen Tabakgewerbes mit Rohtabak ernsthafte Bestrebungen zur Verbesserung des deutschen Tabakbaues seitens der Regierungen der beteiligten Einzelstaaten des Reiches und nachhaltige Förderung vorzüglicher Tabakbauversuche in den Schutzgebieten durch das Reichskolonialamt dringend wünschenswert erscheinen lassen. Weiterhin hat sich die Versammlung einstimmig gegen jede Mehrbelastung des Tabaks ausgesprochen.

Was die Tabakberufsgenossenschaft in dieser wirtschaftspolitischen Frage mitzuspreden hat, ist uns unerfindlich. Sie ist eine öffentlich-rechtliche Institution für Unfallversicherung und keine wirtschaftliche Interessenvertretung. Zur Sache selbst möchten wir bemerken, daß die ungünstige Weltmarktlage für Tabak ihre Ursache hauptsächlich in der auf die Belastung dieses Produkts erheblich mitgerichteten Zollpolitik der Staaten hat. Mit Verbesserungen des deutschen Tabakbaues und mit Förderung der Tabakbauversuche in den Schutzgebieten wird ganz sicher nicht viel gewagt werden.

Wie es gemacht wird.

Wir haben bereits gestern kurz über die Ungültigkeitserklärung der Stadtverordnetenmandate unserer Oeppen-Tränker und Fricke in Leuchers berichtet. Wir entnehmen nun unserem Parteiblatt in Halle folgenden ausführlichen Bericht über diese Angelegenheit: Die Mandate waren beanstandet worden, weil in einer Versammlung vor der Wahl fünf Genossen den gegnerisch wählenden Geschäftsleuten mit Boykottierung gedroht haben sollten. Auf Anregung des Vorsitzenden prüfte der Bezirksausschuß nochmals die Wählerliste, um festzustellen, welcher Einfluß auf die Abstimmung der Geschäftsleute durch die Boykottandrohung ausgeübt worden sei. Das Ergebnis war, daß unter allen Umständen eine starke Mehrheit für unsere gewählten Ge-

nossen übrig blieb, deren Vertreter, Rechtsanwalt Kademacher-Alberburg, denn auch nachdrücklich und überzeugend für die Gültigkeit der Mandate eintrat. Trotzdem gelangte der Bezirksausschuß zur Kassierung der Mandate, weil durch die Boykottandrohung nicht nur die Geschäftsleute, sondern die ganze breite Masse, soweit sie zur dritten Wählerklasse gehörte, beeinflusst worden sei. Wenn sie zur Wahl gegangen wäre „und aus Herzensgrund gewählt hätte“, würden sie wohl einen andern als einen Sozialdemokraten gewählt haben. „Wir müssen mit der Zukunft rechnen, nicht mit der Vergangenheit.“

Das ist ein recht vernünftiger Rechtsgrundsatz! Zwei sozialdemokratische Mandate werden, obwohl sie auch nach strengster Durchlebung als gültig erklärt werden müssen, für ungültig erklärt, damit in der Zukunft keine Boykottandrohung mehr falle. Bei der störrischen Unbelehrbarkeit der Sozialdemokraten werden sich Tränker und Fricke nicht bei dem Urteile beruhigen, sondern Revision beim Obergericht einlegen; denn bei ihnen handelt es sich nicht nur um die Zukunft, sondern auch um die Vergangenheit. Um letztere insofern, als sie ihre Mandate ausüben wollen, und um die Zukunft, um ähnliche Entscheidungen des Bezirksausschusses für später durch ein höchstinstanzliches Urteil unmöglich zu machen.

Lasset die Kindlein zu mir kommen...

In voriger Woche kam es im Berliner Stadtverordnetenparlament zu einer erregten Debatte über ein glanzreiches Heldensstück des Berliner Magistrats, das allenthalben berechtigtes Aufsehen erregte und den sozialen Sinn des Kommunalstreifens grell beleuchtete. Vor längerer Zeit hatten nämlich die Stadtverordneten einen Beschluß angenommen, wonach künftig die Speisung von 5000 hungernden Schulkindern auf den Schuletat zu übernehmen sei. Unter flagranter Nichtachtung dieses Beschlusses und Ubergangung einer eingesetzten Kommission hat der Magistrat inzwischen Schritte unternommen, die Speisung durch die Armenverwaltung vornehmen zu lassen. Das hat nicht nur eine formale Wirkung, sondern es hat die Speisung überhaupt für die ganze erste Hälfte des Sommers unmöglich gemacht. Aber trotz alledem wurde ein Mißtrauensvotum gegen den Magistrat von den Freisinnshelden abgelehnt. Man müßte nun meinen, daß das Verhalten des Magistrats allen „nationalen“ und christlichen Blättern Anlaß geben müßte, diese von so wenig sozialpolitischem Verständnis zeugende Handlungsweise gebührend zu geißeln, zumal es sich um arme, hungernde Kinder handelt. Weit gefehlt! Unter gottgefälligen Schimpfen auf diejenigen wenigen Liberalen, die sich gegen den Magistrat wandten, bemerkt der fromme „Reichsbote“ zu der Forberung, daß die Schulverwaltung hier einzugreifen habe:

„Das ist ein Schritt auf dem Wege zur verkehrten Weltordnung, der Konsequenzen haben muß, die nicht heillos sind. So gut wie jetzt die Sozialliberalen verlangen, die Schulverwaltung soll die Pflicht zudiktieren bekommen, den hungernden Kindern Mittagbrot zu verabreichen, können im nächsten Jahre die Sozialdemokraten kommen und sagen, die Schulverwaltung solle für die schulentlassene Jugend im Kommunaldienst sorgen usw.“

Geht das nicht den Schwerpunkt aller ausgleichenden Gerechtigkeit immer mehr nach einer Seite verschoben, die gewiß auch menschlich verstanden und der in den Grenzen der Erreichbarkeit gerecht zu werden versucht werden soll. Da aber nun und nimmer ein Vorrecht in Richtungen zuerkannt werden darf, wenn wir nicht zur schlimmsten Böbelherrenschaft gelangen wollen, in denen andere auch ehrliche Bürger und Bürgertanen sich Tag und Nacht abtöten und abquälen, um wenn auch für sich selbst so wenig wie möglich, doch für ihre Kinder so viel zu erübrigen, daß sie mindestens annähernd genug zu essen haben.“

Man beachte: diese ebenso unverfälschten wie blödsinnigen Bemerkungen werden zu einer Forderung getan, die es als eine Pflicht der Schulverwaltung erklärt, auf ein warmes Frühstück von 5000 hungernden Kindern bedacht zu sein! Und das geschieht zur selben Zeit, wo die preussischen Junker im Dreiklassenparlament mit rasender Eile einen Entwurf über Gehaltserhöhungen der Geistlichen durchgedrückt haben, obwohl es die Lehrer wahrhaftig nötiger haben. Damit wird aber nicht der „Schwerpunkt der ausgleichenden Gerechtigkeit“ verschoben!

Klinge Männer bauen vor.

Es ist jetzt interessant zu beobachten, wie der Blockfreisinn ganz systematisch, zunächst halb verdeckt, von Woche zu Woche aber deutlicher werdend, seinen sicheren Umsfall und Prinzipienverrat bei der künftigen Reichsfinanzreform vorbereitet und zu erklären sucht. Ein Leitartikel der „Freisinnigen Zeitung“ über das Thema klingt in folgenden Sätzen aus:

„Gewiß gibt es keine Steuer in der Welt, die von dem Abgabepflichtigen gern getragen würde, und selbst die gerechteste Verteilung der Lasten kann davor nicht schützen, daß diese Lasten unangenehm empfunden werden. Aber es würde einer Abdankung des entschiedenen Liberalismus als ernst zu nehmender Partei verzweifelnd ähnlich sehen, wenn er von vornherein und nur aus äußeren Gründen seine Mithilfe an einem so bedeutenden und wirtschaftlich so folgenreichen Werke, wie es die Reichsfinanzreform ist, verweigern wollte. Der Freisinn hat ja unter Richters Führung oft genug, so beispielsweise bei Militärforderungen der Regierung, um der Aufrechterhaltung seiner Prinzipien willen auf Popularitätshajcherei verzichtet, indem er mit Erfolg darauf rechnete, daß seine Anhänger genügend politische Einsicht besäßen, um die Bewegung der parlamentarischen Fraktion zu würdigen und zu billigen. Er wird auch jetzt alle Steuerfragen lediglich nach ihrem sachlichen Werte prüfen...“

Mit anderen Worten: Man wird gar nicht daran denken, bei der glanzreichen „Reform“ des Herrn Sydow zu „verjagen“ oder gar den guten Rat des alten Trägers, dabei ja auf „feste Preise“ und entsprechende Gegenleistungen zu halten, zu befolgen. Auf „Popularitätshajcherei“ in dem Sinne, sich noch ein Körnlein Vertrauen bei den arbeitenden Schichten zu erhalten, hat der Freisinn allerdings schon längst verzichtet, und wir erkennen gern an, daß er sich hier schon unter Eugen Richter erfolgreich betätigt hat.

Der Spiritismus am Kaiserhofe.

In der „Leipz. Abendztg.“ und der „Neuen Hamb. Ztg.“ werden Ausführungen Hardens über die Eulenburger-Affäre veröffentlicht, die gegenüber Interviewern gefallen sind. Uns interessiert daraus zunächst die folgende Stelle:

„Auch der Spiritismus des Fürsten wirkte höchst schädlich auf die Umgebung des Kaisers. Selbst der Kaiser hat spiritistische Sitzungen beigezogen. Er hat lange Zeit in seiner Uhr ein Stück Zeug getragen, das angeblich bei einer Geisteserscheinung zurückgeblieben war.“

Danach hätte der Spiritismus Eulenburgs nicht bloß auf die Umgebung des Kaisers schädlich gewirkt.

Die Konkurrenz der Militär-Musiker.

In der „Frankf. Zeitung“ findet sich folgendes, die Lage der Militär-Musiker besser als ein Leitartikel illustrierendes Inserat:

Opfer der Militär-Musik-Konkurrenz:
Wegen Auflösung hiesiger Zoologischer Garten-Kapelle bitten intelligente Musiker, welche infolge vorgerückten Alters und Aufhebung der Nerventätigkeit sehr schlecht wieder eine Berufsstellung erhalten können, edelbedenkende Personen um irgend eine angemessene Beschäftigung. Offerten unter G. B. 4521 hauptpostl. Frankfurt a. M.

Rußland.

Hungersnot in Sicht. Der auf dem Gebiete des Verpflegungswesens rühmlichst bekannte Dr. Schabanow veröffentlicht interessantes Material über die Ernteaussichten in 18 Gouvernements des europäischen Rußlands. Von diesen ist in 12 Gouvernements eine befriedigende Ernte sehr zweifelhaft oder selbst unmöglich. Eine Besserung ist bis zur Einbringung der Ernte nicht zu erwarten; soweit Nachrichten vorliegen, kann eher eine Verschlechterung erwartet werden. Es haben gelitten die Gouvernements: Wilna, Wolynien, Woronesch, Wjatka, Sekaterinoslaw, Kiew, Poltawa, Samara, Saratow, Taurien, Cherson und Tschernigow — von denen fast alle zu den „Kornkammern“ Rußlands gehören. Daß eine starke „Mißernte“, oder richtiger gesagt ein Hungersjahr mit allen seinen graufigen Begleiterscheinungen bevorsteht, ist daraus ersichtlich, daß selbst die bürokratische Maschine sich in Gang gesetzt hat und die örtlichen Institutionen an die Beschaffung von Saatkorn schreiten.

Spanien.

Verurteilung der Politicianarchisten von Barcelona. Der oberste Gerichtshof bestätigte das von dem Geschworenengerichte in Barcelona gefällte Todesurteil gegen die beiden Brüder Rull und deren Mutter, die angeklagt waren, die terroristischen Anschläge in Barcelona ausgeführt zu haben.

England.

Schnelle Justiz gegen Frauenrechtlerinnen. Gestern hatten sich mehrere am Dienstag verhaftete Frauenrechtlerinnen vor dem Polizeigericht wegen der Ausschreitungen auf dem Parlaments-Square gegen die ihren Dienst ausübende Polizei zu verantworten. Während zwei freigesprochen wurden, erhielten die anderen Geldstrafen von 10—25 Pfund Sterling, wofür im Unvermögensfalle ein bis drei Monate Haft eintritt. Zwei Frauen, die angeklagt waren, die Fenster der Amtswohnung des Premierministers Asquith eingeschlagen zu haben, wurden zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Perien.

Die Lage wird immer gefährlicher. Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist in London gestern früh aus Tabris ein Privattelegramm eingetroffen, aus dem hervorgeht, daß diese Stadt von Radim Khan und seinen Reitern umzingelt ist. Die Bevölkerung von Tabris errichtet auf den Straßen Barrikaden. Tag und Nacht wird ununterbrochen geschossen.

Aus Tabris wird gemeldet; Die Revolution und die Anarchie breitet sich immer weiter aus. Der russische Konsul riet allen gefährdeten Russen, die russische Flagge herauszustecken. Der amerikanische Konsul hat den Russen, seine persische Dienerschaft zu schützen. Unter den Persern und Russen herrscht Panik. Man befürchtet einen Überfall der russischen Bank. In den Straßen ist außer Bewaffneten niemand zu sehen.

Äßen.

Aufstandsversuch in Louking. In den Kasernen in Hanoi sind 200 europäische Soldaten der Kolonial-Infanterie an Vergiftungserscheinungen erkrankt. Man glaubt, daß es sich hier um den Versuch einer Massenvergiftung handelt, da seit einigen Tagen eingeborene Unteroffiziere, die mit Räuberbanden in Verbindung stehen, von einem bevorstehenden Handstreich sprechen, Waffen- und Diebstahle anstiften und die Erhebung gegen die Franzosen predigen. Zur Verhinderung der beabsichtigten Erhebung wurden sofort alle notwendigen Maßnahmen getroffen. Die Anstifter und Teilnehmer wurden verhaftet. Fortgesetzt sind Patrouillen unterwegs. In anderen Orten im Lande hat sich weder ein ähnlicher Aufstandsversuch noch irgend eine Bewegung in der Bevölkerung bemerkbar gemacht.

Australien.

Ein soziales Experiment. Von der australischen Arbeiterpartei (die, wie bemerkt werden muß, nicht sozialistisch ist) wurde die Forderung des „Neuschutzes“ erhoben und in Form eines Gesetzesentwurfes der Regierung unterbreitet, die damit einverstanden war. Dieser „Neuschutz“ (New Protection) besteht darin, daß die Firmen, die nach der Ansicht einer aus drei Personen bestehenden Staatsbehörde ihren Arbeitern keine befriedigenden Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren, bestraft werden sollen. Die Strafe besteht darin, daß sie für die von ihnen fabrizierten Artikel, soweit sie, falls sie von außerhalb kommen, mit einem Einfuhrzoll belegt sind, eine die halbe Höhe des Einfuhrzolles erreichende Akzise zu zahlen haben. Firmen, die nach Ansicht der Staatsbehörde ausreichende Arbeitsbedingungen haben, sind von dieser Akzise befreit. Der Gesetzesentwurf wurde vom Bundesparlament auch angenommen, aber nun legte das Bundes-Obergericht sein Veto ein. Wie in den meisten angelsächsischen Ländern, haben näm-

lich auch in Australien die Gerichte das Recht, zu prüfen, ob irgend ein Gesetz „konstitutionell“ sei. In den Vereinigten Staaten werden bekanntlich fast regelmäßig alle Arbeiterschutzgesetze etc., sobald ein Arbeiter sich auf sie beruft, von den der Kapitalistenklasse dienenden Juristen als „unkonstitutionell“ für ungültig erklärt. Daselbe Verfahren schlägt nun im Vorwege das australische Obergericht ein. Es erklärt das „Neuschub“-Gesetz als im Widerspruch mit Artikel 55 der Bundesverfassung stehend und als eine Überschreitung der Kompetenz des Bundesparlamentes. Die Regierung und die Arbeiterpartei wollen sich dieses Eingreifen aber nicht gefallen lassen, und so wird es wohl zu einem Konflikt zwischen der gesetzgebenden und der richterlichen Gewalt kommen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Domerstag, den 2. Juli.
Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Siebbauarbeiten in der Marckstraße sowie über den Bau in Kaltenhof-Schwartau, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Börner, die Sperre verhängt worden. Als Akkordanten fungieren J. Fab 3, Chafolstraße, J. Mädel, Krempeisdorfer Chaussee. — Zugang von Maurern nach Fehmarn ist fernzuhalten.

Achtung Schuhmacher! Über die Schuhwaren-Reparaturwerkstätten von Peter Bernhardt, Plüterdamm 10, sowie H. Dettmann, Königstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterchaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Achtung, Arbeiter! Über die chemische Fabrik in Schwartau ist die Sperre verhängt worden, weil Arbeiter wegen Beteiligung an der Maffeter und Stellung einer Lohnforderung gemäßigert wurden.

Zimmer vornehm! Die „Lübeckischen Anzeigen“ glauben bekanntlich ein „vornehmes“ Blatt zu sein, weil sie die Interessen der „vornehmen“ — lies: bestehenden — Klassen so gut oder so schlecht sie das können zu vertreten haben. Den Beweis ihrer „geistigen Höhe“ suchen sie hauptsächlich dadurch zu erbringen, daß sie gelegentlich auf andere spöttisch herabsehen oder sie verhöhnen, was, nebenbei gesagt, auch sehr vornehm ist. In der gestrigen Abendausgabe der „Lüb. Anz.“ konnte man folgende jedenfalls geistreich sein sollende kleine Bemerkung lesen:

„Dieser Schmiedehof-Hoffmann, der einer Mehrheit der Moabiter zum Besessenen erkor, führt bekanntlich, wie wir schon mitteilten, einen chronischen aber hoffnungsgelosen Kampf mit der deutschen Grammatik.“

Wir haben nicht die Absicht, den Genossen W. Hoffmann gegen den Anwurf des Amtsblattes zu verteidigen, dessen bedarf es nicht. Genosse Hoffmann hat selbst i. Zt. im Reichstage denjenigen Leuten, welche sich einmal ein ähnliches häßliches Angriff erlaubten, derart die Wahrheit gesagt, daß sie beschämt verstummen mußten. Hoffmann hat nämlich nur die Volksschule besucht, und wenn diese ihren Schülern nicht einmal die nötigen deutschen Sprachkenntnisse auf den Weg mitzugeben vermag, so ist das nur ein Beweis dafür, wie die herrschenden Kreise, zu denen auch die Nationalliberalen gehören, am deutschen Volke freveln. Mag nun unser Genosse vielleicht auch dann und wann einen grammatischen Schnitzer machen, das schadet nichts, zumal bei einem Berliner. An schlagendem Mitterwitz, an gesundem Empfinden und vor allem in der Ehrlichkeit seiner Kampfesweise steht er turmhoch über seinen Widersachern, die — um ihre eigenen Ausdrücke zu gebrauchen — einen chronischen aber hoffnungslosen Kampf mit der Wahrschaffigkeit führen.

Der Arbeitgeberverband in der Rolle des Helfers in der Not. Vor kurzem veröffentlichten die Vorstandsmitglieder des Arbeitgeberverbandes für das Holzgewerbe eine verfechtete Berrufserklärung gegen drei hiesige Unternehmer der Holzbranche. Die Betroffenen waren den Ausperrungsgelüsten des Arbeitgeberverbandes nicht in der gewünschten Weise nachgekommen, sondern hatten die bei ihnen beschäftigten Leute, welche am 1. Mai die Arbeit ruhen ließen, der Not gehorchend, baldigt wieder eingestellt. In der auch von uns abgedruckten Antwort der einen später zur Strafe aus dem Arbeitgeberverbande ausgeschlossenen Firma wurde nun die niedliche Enthüllung gemacht, daß die Scharfmacher damals die Überumpelung der Gesellen geplant hatten, die ihnen aber vordelungen war. Nichts konnte dem Arbeitgeberverband unangenehmer sein als die Aufdeckung seiner sauberen Praktiken und deshalb schimpfte er später wie ein Rohrspieß auf die betr. Firma, der ein Bruch des Ehrenwortes und ähnliche Dinge vorgeworfen wurden. Nicht uninteressant ist nun die Antwort auf diese Angriffe. Es heißt darin:

„Es wird mir zunächst ein frivolster Ehrenwortbruch vorgeworfen. Ich habe jedoch ein solches überhaupt nicht gegeben. Wohl habe ich erklärt, als man mich in später Abendstunde in die Verlammlung holte: „Ich werde versuchen, die Ausperrung durchzuführen, unter der Bedingung, daß mir die nötige Hilfe zuteil wird.“ Diese habe ich insofern erhalten, daß mir am nachmittags des ersten Tages der Ausperrung mit Mühe und Not ein Mann geschickt wurde, dem ich am Bau die Fortführung leichter Arbeit übertrug. Derselbe muß aber gleich nach mir die Arbeit verlassen haben, da bei meinem Wiederkommen am Abend nicht das Allergeringste geleistet war. Dieses war die ganze „Hilfe“, und kann selbige doch meinerseits nur mit einer großen Müll verzeichnet werden. Anderes war auch nicht zu erwarten, denn wie das schöne vom A. B. d. G. angeführte Sprichwort: „Einer für alle und alle für einen“ von ihm gehuldet wird, davon zeugt am besten die Versammlung, in welcher der Vorsitzende die Mitglieder fragte, wer eventuell Hilfe stellen wollte und „Niemand“, da meldete sich „Niemand“. Nach Darlegung dieser Tatsachen kann von einer vorzeitigen Einstellung auch wohl nicht mehr die Rede sein, denn wenn ich noch länger gewartet hätte, wäre es dem A. B. d. G. vielleicht gelungen, mich auch noch die weiteren zwei Tage mit solcher Hilfe hinzuhalten. . . . Mag nun noch der A. B. d. G. zu seiner Entschuldigung weitere unwahre Ausführungen an die Öffentlichkeit bringen, um damit den großen Gesichtspunkt „Zusammenhalten aller Arbeitgeber“ hochzuhalten, so wird die Wahrheit doch ungeschmälert bestehen bleiben müssen.“

Diese Ausführungen gewähren einen kleinen Einblick in die Betriebe der Scharfmacher, die mit großen Worten die Arbeitgeber zum Eintritt in ihren Verband locken, um sie hernach zu ihren willenlosen Werkzeugen zu machen. Der nicht pariert, der fliegt und wird in Berruf erklärt; hier er dann zugrunde gehen. Der schöne Satz „alle für einen, einer für alle“ dient nur als schönhängendes Bild; wie es in der Praxis gemacht wird, zeigt vorstehende Erklärung, die übrigens den Arbeitgeberverband auch direkt der Unwahrschaffigkeit zehrt. Für die Arbeiter dürfte der Zwist unter den Unternehmern des Holzgewerbes in mehr als einer Beziehung schmerzhaft sein.

Der Bürgerausschuß empfahl in seiner gestrigen Sitzung folgende Senatsanträge zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft: Errichtung dreier Oberlehrerstellen und einer Elementarlehrerstelle an der Realschule, Abereinkunft betr. das Hansatische Oberlandesgericht, Gewährung einer Staatsbeihilfe von jährlich 1400 Mk. an die Lübecker Badeanstalt für die Rechnungsjahre 1909, 1910 und 1911, Erwerbung mehrerer Flächen in der Gemarkung Schlutup, Nachbewilligung auf die Bureaukosten des Landgerichts und des Gerichtsvollzieheramtes, sowie auf die Kosten der Gerichtshausverwaltung für das Rechnungsjahr 1907, Nachbewilligung von 30 829,77 Mark auf die Positionen 2 und 3 des Art. 23 der Ausgabe Seite des Staatsbudgets für 1907, Gewährung von Zulagen an Beamten des Hauptpostamtes, Legung von elektrischen Kabeln in der Warendorferstraße und deren Nebenstraßen, Legung von Gas- und Wasserrohren auf dem Marcker Hoffelde, Gewährung einer Altersunterstützung an den Pförtner des öffentlichen Schlachthofes J. M. G. Schröder, Ankauf von Ländereien neben dem Terrain der Gasanstalt 2, Herstellung einer Sielanlage für den Fabrik- und Lagerplatz der Firma Wittmann u. Sohn und Herstellung von Zulagen zwischen der Marck- und der Alexanderstraße. Mitgenehmigt wurden sodann die Senatsanträge betr. Nachbewilligung von 171,97 Mark auf die Bureaukosten und sonstigen Ausgaben des Medizinalkollegiums im Rechnungsjahr 1907, Ankauf und Umbau eines Schuppens auf dem Brinwall, Nachbewilligung von 284,79 Mark auf die Bureaukosten des Seeamtes für 1907 und Erweiterung der Gasleitung und Errichtung eines elektrischen Läutewerkes im Doppelschulhaufe am Lohberg.

Neue Steuern. Das Budget des Freistaates Lübeck hat in den letzten Jahren stets mit einem Defizit von etwa einer Viertelmillion abgeschlossen, obwohl man kräftig bemüht war, neue Steuern zu finden. Besonders das Wirtsgewerbe, der Handel mit Spirituosen, der Gewerbebetrieb im Umherziehen und sogar die Hundebesitzer mußten stärker als bisher bluten, damit sich das chronische Defizit wenigstens etwas vermindere. Leider ist dieses Ziel bisher nicht erreicht worden. Und man kann auf weitere Steuern. Das Resultat dieses angestrengten Sinnen unterbreitete der Senat gestern in Form eines Dekrets dem Bürgerausschuß, der es wiederum an eine siebengliedrige Kommission vermiets. Wir wollen den wesentlichsten Inhalt des Senatsdekrets nachstehend zum Abdruck bringen: „Bereits in dem Dekret vom 7. Juli 1906, mit dem er dem Bürgerausschuß den Antrag auf Ermäßigung der Schiffahrtsabgaben vorlegte, hat der Senat auf die Notwendigkeit hingewiesen, auf die Erhöhung der Staatseinnahmen durch Einführung neuer Steuern, in erster Linie einer Gewerbesteuer, Bedacht zu nehmen. Die Verhandlungen über den Vorschlag des Staates und der Verwaltungsbehörde für städt. Gemeindeanstalten für das Rechnungsjahr 1908 haben die Nichtigkeit dieser Auffassung bestätigt. Sie haben ergeben, daß, wenn das Budget für das nächste Rechnungsjahr nicht mit einem erheblichen ungedeckten Fehlbetrag schließen soll, die Erschließung neuer Einnahmequellen schon für das kommende Staatsjahr eine unabwiesbare Notwendigkeit ist. Wenn sich der Mehrbedarf naturgemäß auch noch nicht zahlenmäßig genau feststellen läßt, so ist doch soviel sicher, daß nur ergiebige Quellen imstande sein werden, die zu seiner Deckung erforderlichen Erträge zu liefern. Kann es schon aus diesem Grunde sich zurzeit nur um die Einführung einer Gewerbesteuer handeln, so kommt weiter in Betracht, daß, wie bereits in den früheren Verhandlungen über die Einführung einer Geschäftssteuer wiederholt hervorgehoben und von den verschiedensten Seiten anerkannt worden ist, die Notwendigkeit der Erschließung neuer Einnahmequellen vor allem eine Folge der Aufwendungen der Allgemeinheit im Interesse von Handel, Gewerbe und Verkehr ist, und daß es deshalb wohl gerechtfertigt erscheint, diejenigen Kreise, denen diese Aufwendungen unmittelbar oder mittelbar zugute kommen, zur Deckung der gewachsenen Ausgaben des Staates vorzugsweise heranzuziehen. Der Senat hat deshalb die Steuerbehörde beauftragt, ihm den Entwurf eines Gewerbesteuergesetzes vorzulegen, welchem Auftrage auch entsprochen worden ist. Der Senat kann sich den grundsätzlichen Ausführungen der Steuerbehörde in allen Punkten anschließen. Auch er ist der Ansicht, daß der Aufbau der Besteuerung auf der Grundlage des durch Selbsterschätzung ermittelten Ertrages vor allen anderen in Betracht kommenden Möglichkeiten den Vorzug verdient. Was die Einzelheiten des Entwurfes anbetrifft, so haben auch sie die volle Billigung des Senates gefunden, nur in zwei Punkten glaubt er von den Vorschlägen der Steuerbehörde abweichen zu sollen. Der erste betrifft die Höhe der Fiktalsteuer. Die Steigerung dieser Steuer um ein Zentel v. H. für jede angefangenen 10 000 Mk. Umsatz mehr erscheint ihm zu stark und der Höchstbetrag von 2 1/2 v. H. des Umsatzes zu hoch. Er beantragt, die Steigerung erit für jede angefangenen 20 000 Mk. Umsatz mehr eintreten zu lassen und den Höchstbetrag auf 1 1/2 v. H. des Umsatzes festzusetzen. Andererseits scheint dem Senate kein Grund vorzuliegen, die Warenhaussteuer niedriger zu bemessen, als in Preußen nach dem Gesetze vom 18. Juli 1906. Freilich empfiehlt es sich, die Besteuerung schon bei einem kleineren Umsätze als einem solchen von mehr als 400 000 Mark beginnen zu lassen, im übrigen aber ist es nach der Ansicht des Senates zweckmäßig, die Steuersätze des preußischen Gesetzes zu übernehmen. Was den Beginn der Besteuerung anbetrifft, so wird es genügen, die Warenhaussteuer erst bei einem Umsätze von mehr als 150 000 Mk., nicht, wie die Steuerbehörde vorschlägt, 100 000 Mk., mit 0,5 v. H. des Umsatzes eintreten zu lassen. Sie steigt dann zweckmäßig für je 50 000 Mk. Umsatz mehr um 0,1 v. H., bis bei einem Umsätze von mehr als 400 000 Mk. bis 450 000 Mk. der preußische Steuersatz erreicht ist. Endlich hält der Senat es für ausreichend, wenn von Warenhäusern, die zugleich unter § 9 fallen, die Steuer in Höhe von 2 v. H. des Umsatzes erhoben wird. — Zu diesem Steuerprojekte wird noch mancherlei zu sagen sein. Wir halten den Weg, der hier zur Aufbesserung der Staatsfinanzen eingeschlagen werden soll, für einen glücklichen und gangbaren, wie wir überhaupt dagegen sind, einzelne Gewerbe besonders zu den allgemeinen Lasten heranzuziehen.“

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Juni auf 805 (792), die der Besucher auf 842 (846). — Die eingeklamerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 101 Personen. Auskünfte wurden erteilt 822 (840), darunter nach auswärtig schriftlich 12 (10). Von den Besuchern waren organisiert 434 (485) Personen, und zwar gewerkschaftlich 283, politisch 14, gewerkschaftlich und politisch 187. Unter den verbleibenden 407 Nichtorganisierten befinden sich 104 Angehörige von Organisierten und 156 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 572 (619) männlich, 265 (220) weiblich. Die Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 753 (755); selbständige Gewerbetreibende, Beamte etc. und deren Angehörige 84 (84); Organisationen 5 (7). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 654 (676) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 46 (88), Oldenburg

95 (90), Mecklenburg 18 (18), Preußen 27 (28) und sonstige 2 (1). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung 193 (200)), Arbeits- und Dienstvertrag 147 (155), bürgerliches Recht 327 (318), Strafrecht 71 (53), Gemeinde- und Staatsbürgerliche Sachen 57 (82), Arbeiterbewegung 2 (2), Privatversicher. 12 (3), Handels- und Gewerbesachen 4 (4), Verchiedenes 9 (28). Von den Auskünften machten 165 (153) die Aufertigung von 191 (171) Schriftstücken erforderlich; außerdem gingen aus 29 (62) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 139 (129) Postsendungen. Der 29. Juni zeigte mit 55 (71) die höchste, der 17. Juni mit 13 (11) die niedrigste Besucherzahl.

Bahlung der Gewerbesteuer für den Betrieb der Gast- oder Schankwirtschaft, sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus. Die zweite Rate der nach dem Gesetz vom 3. Oktober 1906 für die oben genannten Gewerbebetriebe zu entrichtenden Gewerbesteuer für das Jahr 1908 wird innerhalb der Zeit vom 1. bis 15. Juli 1908 an den Werktagen vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr im Passenzimmer des Polizeiamts — Mengestraße 4, Vorderhaus, 1 Treppe, — gegen Erteilung einer Quittung entgegengenommen. Die betreffenden Gewerbetreibenden werden zur rechtzeitigen Berichtigung aufgefordert.

Handelsregister. Es ist eingetragen worden: 1. am 26. Juni 1908: a) bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Lübers u. Schramm in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst, die Firma ist erloschen; b) bei der Firma St. Gertrud-Apotheke Hermann Schmedt in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 2. am 27. Juni 1908 bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma S. Ruß u. Co. in Lübeck: Der Kaufmann S. N. S. Ruß ist am 3. März 1908 verstorben. Seine Witwe S. Ruß geb. Froh hat das Gesellschaftsverhältnis an seiner Stelle fortgesetzt. Durch den danach erfolgten Austritt des Kaufmannes Karl Glaasen in Lübeck aus der Firma ist die Gesellschaft aufgelöst. Die Witwe Ruß ist nunmehr alleinige Inhaberin der Firma. Dem S. N. S. Ruß in Lübeck ist Procura erteilt. Dem R. J. F. Ruß in Lübeck ist von der Witwe Ruß wieder Procura erteilt; 3. am 30. Juni 1908: a) bei der Firma Schofenwerk Lübeck, Aktiengesellschaft in Herrnhut: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 30. Juni 1908 ist der § 34 des Gesellschaftsvertrages mit Rücksicht auf die in der Versammlung beschlossene Ausgabe von Genussscheinen abgeändert worden; b) bei der Firma Friedrich Lange in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Die Schabbelzunft soll nun doch mit einem Wirtschaftsbetrieb versehen werden, obwohl sich ein Ersuchen des Bürgerausschusses dagegen aussprach. Die Vorsteherchaft der Zunft meint, daß gerade die Einrichtung einer Wirtschaft im Schabbelhaus anziehend auf die Fremden wirken würde; der Senat hat angesichts dieser Gründe nichts gegen das Projekt einzuwenden.

Wassermärkte gestern: Krähenteich 24 Grad, Falkendamm 24 1/2 Grad.

Der Lüdersdorfer Mörder ist nunmehr in Reinsfeld verhaftet worden; er und sein Opfer Kofloreski waren gut befreundet. Beide stammten aus einem Orte, desgleichen das Mädchen, mit dem R. ein Verhältnis unterhielt.

Blutige Schlägerei. Gestern in später Abendstunde gerieten zwei im Steinradweg wohnende ältere Männer in einen heftigen Streit, wobei der eine so schwer verletzt wurde, daß seine Überführung nach dem Krankenhaus nötig wurde. Ob die Verletzungen, die dem Manne mit einem scharfen Instrument beigebracht sind, tödlicher Art sind, entzieht sich unserer Kenntnis.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: „Man überregen“ geht morgen zum letzten Male bei uns in Szene. Zu der volkstümlichen Sonnabend-Vorstellung ist, vielfachen Wünschen nachkommend, eine nochmalige, bestimmt aber die letzte Aufführung von Freiherrn v. Schlichts Lustspiel: „Seine Hoheit“, in Aussicht genommen. Am Sonntag feht Herr Hofschauspieler Hans Wahlberg sein Gastspiel fort und bringt uns in Fritz Vienstharb's: „Der Fremde“ eine hochinteressante Neuheit, die den Künstler vielen Beifall und hohe Anerkennung in Dresden eingetragen hat. Außerdem steht mit dem Gast noch das entzückende Lustspiel: „Comte de Guere!“ auf dem Spielplan.

w. Müll. „Liberale“. Unser Artikel vom 22. Juni hat die liberale Wöllner „Wöchentliche Rundschau“ in Aufregung versetzt; in ihrer Nr. 26 druckt sie unsere Ausführungen bezüglich der Zustände in der Stadtverwaltung ab und bemerkt dazu: „Wir überweisen diese Anklagen der Stadtverwaltung zur Rechtfertigung oder Abhilfe, müssen uns allerdings wundern, daß diese Anklagen erst jetzt erhoben werden bei den erdenklich originellsten Versuchungen, dem Liberalismus etwas am Zeuge zu fassen. In Interesse der Arbeiter und Schreiber hat man es bisher nicht getan. Die sozialdemokratische Parteivorherrlichkeit zeigt sich hier wieder in einem sehr grellen Licht.“ Bald so, bald so, wie's eben trifft. Einmal soll sich die Partei erst um die kommunalen Verhältnisse kümmern, das andere Mal würde sie einseitige Interessenpolitik treiben, das dritte Mal handelt sie nicht im Interesse der Arbeiter. Ja, verehrteste „Rundschau“, wir werden schon die Wege gehen, die uns am zweckdienlichsten erscheinen und das veröffentlichen, was wir an der Stadtverwaltung auszuweisen haben. Im Interesse der Arbeiter hätten wir bisher nichts getan? Man kann, in dem hier gedachten Sinne, nicht eher etwas tun, bevor man von einer Sache unterrichtet ist, und an die hiesigen städtischen Arbeiter heranzukommen ist schwer; zumal von der Liberalen sein sollenden Stadtvertretung den städtischen Arbeitern verboten wird, sich einer gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Arbeiter mußten aus der Organisation austreten, wenn sie in der städtischen Gasanstalt arbeiten wollten oder um Erhöhung der minimalen Löhne ersuchten. Was hat denn der Liberalismus übrigens schon für die Interessen der Arbeiter usw. getan? Der Witwe Josef wurde vor einigen Wochen, nach dem Tode ihres Mannes, welcher 17 Jahre städtischer Nachwächter usw. gewesen war, die Bitte um eine Unterstützung abgelehnt, weil die Frau nicht bedürftig sei. Wir stehen nun auf dem Standpunkt, daß in solchen Fragen bei einer Kommune das Bedürfnis nicht allein entscheidend sein sollte. Je mehr man sich um die kommunalen Verhältnisse kümmert, je mehr tritt die Notwendigkeit einer Vertretung der Arbeiterschaft an den Wahlen in Erscheinung; nicht um einseitige Interessenpolitik zu treiben, sondern um das Wohl des Ganzen, und damit selbstverständlich auch das Wohl der Arbeiter zu fördern.

Hamburg, Töblicher Unglücksfall. Dienstag abend riß beim Bau der Untergrundbahn am Steintorplatz das Kettenseil, das den großen Kran halten soll, jedoch der Kran seinen Halt verlor und in die Tiefe stürzte. Die auf dem Grunde des Tunnels arbeitenden Leute sahen die Gefahr und konnten, bis auf einen, zur Seite springen. Dieser wurde von dem Kran getroffen und unter dem schweren Eisenteil begraben. Als man den Verunglückten befreit hatte, war auch schon ein Arzt zur Stelle.

Der einen Schädelbruch, einen Bruch des rechten Beines und den Bruch beider Arme feststellte. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er gestorben ist. — Auf der Rennbahn 100000 Mark gestohlen. Auf dem Sattelpfad der Horner Rennbahn wurde einer Frau W. die Handtasche gestohlen. In der Tasche befanden sich Brillanten für etwa 60000 Mk. und ca. 40000 Mk. in barem Gelde. Von dem Diebe fehlt jede Spur. Wer so viel Geld und Wertgegenstände auf einen Sportplatz mitnimmt, der wird's ja wohl auch sehr nicht vermessen, wenn's ihm gestohlen wird. — Ueberfallen und beraubt wurde in vorletzter Nacht, kurz nach 12 Uhr, von zwei Männern bei Fontenay ein in der Magdalenenstraße wohnender Professor. Er erhielt einen Schlag mit einem Knüttel über den Kopf, wodurch er eine ungefährliche Verletzung am Nasenbein davontrug. Während ihn darauf der eine stieß, entriß ihm der andere eine goldene Uhr und Kette sowie einen goldenen Kneifer, im Gesamtwerte von 850 Mk. Der hintere Uhrdeckel ist gefehlt. Am Aufzug der Uhr befindet sich ein schwarzer Fleck. Die Kette war mit einem Medaillon aus schwarzem Stein mit Goldumfassung versehen, das zwei Damenphotographien enthielt. Die beiden Räuber sind unerkant entkommen.

Kiel. Ein Kind überfahren und getötet. Der zehnjährige Knabe Meno Girch wurde im Schlossgarten von einem Motorwagen der Straßenbahn überfahren und sofort getötet.

Kiel. Der flüchtige Buchhalter Meyer aus Hensburg, der seine Frau und drei Kinder im Stich gelassen und nach Unterschlagung erheblicher Beträge geflüchtet war, ist, wie bereits gemeldet, in Kiel verhaftet worden. Die Verhaftung war mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft, da Meyer großen Widerstand leistete. Als sein Schwager, der Verkäufer Höppler, ihn am Handgelenk festhielt, um ein Entweichen zu verhindern, begann er mit H. zu ringen und beide stürzten zu Boden. M. versuchte jetzt einen Revolver hervorzuziehen, um, wie er angab, den Schwager zu erschlagen. Es gelang diesem aber, den Revolverlauf abzuhalten und ihm schließlich die Waffen zu entreißen. Schließlich konnte ein junges Mädchen einen Schutzmännchen ausfindig machen, der M. dann gefesselt in einem Taximeter nach der Polizeiwache brachte. Der Schwager begleitete den Transport, wurde aber von M. andauernd beschimpft. Meyer führte 147 Mk. bei sich, 200 Mk. waren ihm angeblich in Holland gestohlen worden. Er gebärdete sich, als wenn er von dem Tode seiner Frau und Kinder nichts wüßte, doch glaubt man ihm dieses nicht.

Lübeck. Beim Baden ertrunken ist der dreizehnjährige Sohn der Witwe Fehring, der beim Erbpächter Schwend-Neu-Lübbchen in Dienst stand. Er war vom Deuen in den Rognitzwiesen an den Fluß gegangen, um zu

baden und wird jedenfalls vom Schläge gerührt sein, denn als man nach längerem Warten auf sein Wiederkommen ihm nachging, fand man seine Leiche in der Rognitz.

Lönning. Der Volksschullehrer, der kein Sozialdemokrat sein wollte. In einer Untersuchungssache gegen den Volksschullehrer J. Hansen in Lönning, der den Rektor und den Bürgermeister beleidigt haben sollte, war als Kommissar der Regierung in Schleswig der Regierungsrat Süß nach Lönning gekommen. Dieser hörte u. a. auch den Bürgermeister Erich als den Vorsitzenden der Schuldeputation. Erich sagte, er halte Hansen für einen überzeugten Anhänger der Sozialdemokratie. Hansen, der davon erfuhr, verklagte wegen dieser Bezeichnung den Bürgermeister wegen Beleidigung. Die Regierung erhob zugunsten des Bürgermeisters den Konflikt und beantragte die Einstellung des Privatklageverfahrens gegen Erich. Dieser habe in Ausübung seines Amtes gehandelt und seine Amtsbefugnisse nicht übertreten. — Zum Konflikt äußerte Hansen: Der Beklagte Erich habe bei der Äußerung durchaus keine Amtsbefugnisse ausgeübt und sei nicht sein Vorgesetzter. Der Bürgermeister hätte ihn auch wesentlich zu Unrecht beschuldigt, Sozialdemokrat zu sein, denn in Gegenwart des Bürgermeisters habe ihm der Führer der freisinnigen Partei im Kreise den Dank dafür ausgesprochen, daß er (Hansen) der freisinnigen Partei gute Dienste geleistet habe. Er könne auch seine Zugehörigkeit zur freisinnigen Partei durch die Mitgliedsliste nachweisen. Das Ober-Berwaltungsgericht erklärte den Konflikt der Regierung für begründet, so daß das Privatklageverfahren gegen den Bürgermeister endgültig einzustellen ist. Begründend wurde ausgeführt: Der Bürgermeister sei als Vorsitzender der Schulinspektion von dem Regierungskommissar aufgefordert worden, sich über den Volksschullehrer Hansen zu äußern. Daraufhin habe er sich dahin geäußert, daß es sich seiner Überzeugung nach um einen Angehörigen der sozialdemokratischen Partei handle. Es sei hier in keiner Weise eine Amtsüberschreitung des Bürgermeisters nachgewiesen worden. Hatte er die Überzeugung, daß Hansen Sozialdemokrat sei, so hätte er dies dem Regierungskommissar auch kundtun müssen. Daß er diese Überzeugung aber nicht hatte, sei nicht nachgewiesen. Es sei ja möglich, daß Hansen der freisinnigen Partei angehöre. Das sei aber noch kein Beweis dagegen, daß er innerlich die Ziele der Sozialdemokratie anerkenne und dies irgendwie nach außen dokumentiert habe.

Rapenburg. Schwere Unfall. In der Eisengießerei der Meyerschen Maschinenfabrik hat sich gestern Abend beim Gießen eines 70 Zentner schweren Blocks ein Unglück ereignet. Durch die ausgetretene flüssige Eisenmasse wurden ein Oberingenieur und vier Arbeiter schwer verbrannt. Die Verletzten wurden in das Marine-Hospital gebracht. Mehrere Arbeiter erlitten leichtere Verletzungen.

Süßrow. Statistisches vom Schwurgericht. Der zweiten diesjährigen Schwurgerichtsperiode, die von 18. bis zum 27. Juni dauerte, lagen 21 Straffachen zur Urteilung vor und zwar 86 einzelne Straftaten gegen Angeklagte. Von den verurteilten 18 männlichen Angeklagten sind 8 verheiratet und 8 unverheiratet; von denselben sind ihrem Berufe nach: Arbeiter 7, Diensthofen 5, Gesellen 2, Handwerker 1 und Beamte 1. Weibliche Personen sind 8, von welchen 2 unverheiratet und 1 verheiratet ist, verurteilt. Von den Verurteilten sind 10 Nichtmecklenburger (darunter zwei Russen). Freigesprochen wurden 6 Personen. Von den Verurteilten sind 17 evangelisch, 2 katholisch. Bekannt wurde gegen 1 Person auf 20 Mk. Geldstrafe, gegen 9 Personen auf Gefängnisstrafe unter einem Jahre, gegen 8 Personen auf Gefängnisstrafe von mehr als einem Jahre, gegen 1 Person auf Zuchthausstrafe bis zu 2 Jahren, gegen 2 Personen auf Zuchthausstrafe von 2 bis 5 Jahren, gegen 3 Personen auf Zuchthausstrafe von 5 bis 10 Jahren. Die höchst erkannte Freiheitsstrafe betrug 8 Jahre Zuchthaus, die niedrigste 3 Monate Gefängnis. Der Gesamtbetrag der erkannten Freiheitsstrafen stellte sich auf 87 Jahre 1 Monat 3 Wochen und 3 Tage, davon entfallen auf Gefängnisstrafe 11 Jahre 2 Monate 3 Wochen und 3 Tage und auf Zuchthausstrafe 25 Jahre 11 Monate.

Handels- und Markt Nachrichten.

Butter-Notierungen
b. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Hamburg, 1. Juli.
1. Klasse 308 Drittel zu 116,08 Mk. im Durchschnitt.
2. " 42 " " 110,11 Mk. "

Sternschanz-Viehmarkt
1. Juli.
Der Schweinehandel verlief flau.
Zugeführt wurden 877 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 56—57 Mk., leichte 57—58 Mk., Sauen 46—52 Mk. und Ferkel 54—57 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

V. & A.
Freitag 8 1/2 Uhr im „Vereinshaus“.

Dankagung.
Für die vielen Gratulationen und Geschenke, sowie dem Gefangenen „Eintracht“ für das uns gebrachte Ständchen anlässlich unserer silbernen Hochzeit sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.
Gustav Kähler und Frau.

Frdl. Logis zu vermieten
Glaginstraße 7.

Gesucht zum 1. Oktober von Brautleuten eine **Zweistubenwohnung.**
Ang. in Preisang. u. F 66 an die Exp. Bl.

Gesucht zum 1. Oktober eine **Dreizimmer-Wohnung.**
Off. mit Preisangabe u. C H J a. d. Exp.

Gesucht von ruhigen Leuten zum 1. Oktbr. **II. Wohnung vorm Holstentor.**
Ang. u. G an die Exped. d. Bl.

Gesucht für Sonntags ein **ordentlicher Lauzordner.**
W. Gloe, „Lontzenluft“.

Zu kaufen gesucht **antiquarische Sobelbank.**
Ang. u. S W an die Exped. d. Bl.

3000 bis 4000 Mark
sofort oder später zu belegen.
Off. u. M G 12 an die Exped. d. Bl.

Ein neues und ein geb. Bett billig zu verkaufen.
Balauerstraße 37.

Ein fast neuer **Sportwagen** zu verkaufen.
Gronsförder Allee 109, II. Etage.

Zu verk. 1 **guterhaltene Ziehmaschine.**
Wakenhitt. 13, part.

Metallarbeiter-Sommerfest eine Brosche gefunden. Abzuholen im Bureau Johannisstraße 48, I.

Welcher Töpfer setzt einen Herd um?
Ang. mit Preis unter W. U. an die Exped.

Bauernstube Parade 8.
Schlagrahm mit Erdbeeren 30 Pfg.
Hansa-Meierei.

I. O. G. T.
Am 30. Juni starb in Folge eines Unglücksfalles in Feldberg-Neustrelitz unser treues Ordensmitglied
Emil Slosarzek
im Alter von 18 Jahren, Mitglied der Loge Lubeca Nr. 186.
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren!
Der Logen-Ausschuß.

Die Geächteten.
Sozialpolitischer Roman aus der Zeit des Sozialistengesetzes.
Von Wilhelm Bloß.
In diesem Werkchen sind die Verfolgungen, denen die Sozialdemokraten in jener Zeit ausgesetzt waren, trefflich geschildert und erzählt das Parteilieben jener Zeit eine Beleuchtung, welche den älteren Parteigenossen eine Erinnerung an jene Zeit und den jüngeren einen willkommenen Einblick in die Vergangenheit der Partei bringen dürfte. Diesem ersten Bande wird ein zweiter und dritter Band folgen, welche das Treiben der Anarchisten während des Sozialistengesetzes, sowie den Sturz Bismarcks, des Haupturhebers dieses Gesetzes, eingehend behandeln wird. Allen Parteigenossen ist dies Werk bestens zu empfehlen und kann der erste Band, der vollständig erschienen ist, in 6 Lieferungen à 20 Pfg. oder gebunden Mk. 2.— bezogen werden durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46. sowie deren Kolporteurs. Johannisstr. 46.

Einladung zum SOMMER-FEST
der **Steinsetzer u. Berufsgenossen** Zahlstelle Lübeck
bestehend in
Konzert und Ball, Damen- und Herren-Preisschießen
am Sonntag, den 5. Juli 1908,
im „Restaurant Tiergarten“, Arminstraße 51.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr. Schießen für Herren von 11 bis 1 u. von 4 Uhr an.
Eintrittspreis zum Konzert 1 Person 10 Pfg.
Eintrittspreis für Herren zum Konzert und Ball 50 Pfg. Eine Dame frei. Das Komitee.
Wiesen-Verpachtung.
Habe noch einige Parzellen mit dichtem besten Rasen zu verpachten. Reflektanten wollen sich bei Herrn Gemeinbedienten Draguhn oder bei mir melden.
von Viebahn, Schwartau.
Reinen werten Kunden zur Nachricht, daß ich jetzt **Meierstrasse 20** wohne.
Otto Kröger, Schuhmacher.
Empfehlungs-Karten
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten.

Bekanntmachung.
Mit dem heutigen Tage eröffne ich in der **Fischergrube 79** ein **Barbier- u. Frisiergeschäft.**
Inbem ich höflichst um geneigten Zuspruch bitte, empfehle ich mich
Hochachtungsvoll
Paul Rehme,
Friseur.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Markt 4 Otto Albers** Kahlm. 10.
sind vorthellhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:
Leberhosen 2,20—3,45
Maurerhosen 2,60—3,75
Schloßerhosen 1,88—2,25
Leberziehhosen 1,08—2,35
Zwischenhosen 1,68—3,25
leinere Jacken, Schräge und gerade, 1,28
Rosen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken.
Wasser-Mantel erkantlicht billig.
Nähen von 30 Pfg. bis 1,88 Mk.
Note Lubecamarfen.

Bunteküh-Krummesser Dopp.-Kümmel
Lütjenburger
sowie sämtl. Weine u. Spirituosen empfiehlt billigst

Hans Pichelmann,
Gde. Brokingstraße. — Friedenstraße 78.

Arbeiter-Abstinenter-Bund.
Versammlung
Freitag, den 3. Juli
abends 8 1/2 Uhr.

Gasthof drei Frauen
Stadelsdorf.
Am Sonntag, den 5. Juli 1908:
Grosses Ringreiten.
Anfang 3 Uhr nachmittags. Ende morgens.
Montag, am Fadenburger Markt;
Grosse Tanzmusik.
H. Dese.

Stadthallentheater.
Freitag: 40. Abonnements-Vorstellung.
Zum letzten Male:
Manöverregen.
Anfang 8 Uhr.
Sonabend: Jeder Platz 50 Pfg.
Seine Hoheit.

Elektrische Bahnen.

Das wichtigste wirtschaftliche Problem der Gegenwart ist unbedingt die Elektrifizierung der Bahnen. Abgesehen davon, daß die Kohlenlager nicht für die Ewigkeit vorhalten, erschwert schon heute die Tatsache der immer steigenden Kohlenpreise den Verkehr. Die Abhängigkeit des Bahnbetriebes und mit ihm unseres ganzen wirtschaftlichen Lebens von der Preispolitik der Kohlenbarone kann mit der Zeit geradezu verhängnisvoll werden, ist dies ein sichtsvolles Leute suchen schon lange nach einem Ausweg aus dieser Lage. Die Mittel, die sich ihnen vorläufig, unter Beibehaltung der heutigen Wirtschaftsordnung, darbieten, bestehen in der Elektrifizierung der Bahnen. In Deutschland hat sich die bayerische Regierung darum Verdienste erworben. Sie veröffentlichte zwei wichtige Schriftstücke, die wir seinerzeit ausführlich besprochen hatten. Jetzt liegen in den jenseits veröffentlichten Berichten der schweizerischen Studienkommission die Ergebnisse der elektrischen Bahnen in Nordamerika vor, die einige höchst charakteristische und interessante Angaben enthalten.

Die elektrischen Bahnen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika teilen sich in städtische und Interurbahnen. Die letzteren dienen dem Verkehr vom Zentrum ins Land hinaus auf hundert und mehr Kilometer, teils nach weiter entfernten „Vororten“, Vergnügungsorten usw., teils und namentlich auch nach den in Lande zerstreuten kleineren Städten. Die Hauptstrecken dieser Interurbahnen bestehen in der hohen Zugfrequenz, die auf den inneren Strecken etwa 20 bis 30 Kilometer weit meist 40, ja ausnahmsweise bis 70 Züge pro Tag in jeder Richtung beträgt; auf den größten Entfernungen (bis 100 und mehr Kilometer) noch etwa 20 Züge pro Tag und Richtung; ferner in der Geschwindigkeit, die die europäischen Schnellzüge weit übertrifft. Ein weiteres Kennzeichen der Interurbahnen ist der möglichst direkte Verkehr von Haus zu Haus, zwischen Großstadt und Land. Die Wagen gehen von den im Zentrum der Stadt gelegenen Punkten aus, bezw. fahren nach diesen herein, befahren die Gleise der städtischen elektrischen Bahnen und halten überall zur Aufnahme und zur Abgabe von Passagieren an. Überhalb der Stadt fahren die Züge mit größter Geschwindigkeit, bis 95 Kilometer in der Stunde, was sie dennoch nicht hindert, häufig zur Aufnahme und zum Absetzen von Fahrgästen anzuhalten.

Auch was die Wirtschaftlichkeit des Betriebs angeht, so besitzen die elektrischen Bahnen große Vorteile. Durch die Einführung des elektrischen Betriebs wird an Unkosten bedeutend gespart. So stellte sich das prozentuale Verhältnis der gesamten Betriebsabgaben zu den Bruttoeinnahmen beim elektrischen und Dampfbetriebe wie folgt:

	elektrischer	Dampfbetrieb
Im Maximum	86,4	101,2
Minimum	53,1	58,2
Mittel	65,7	75,5

Der elektrische Betrieb weist also teilweise erheblich geringere Kosten auf. Nach den im erwähnten Bericht zitierten Angaben des Ingenieurs F. Streets, die sich auf 22 Bahnen beziehen, sollen die mittleren Unterhaltung- und Reparaturkosten, gerechnet pro Wagen und Jahr, in den Dampfbetrieben dreimal so groß sein, als die der Wagen mit elektrischer Ausrüstung.

Eine selbstverständliche Folge dieser Betriebsverbesserung ist, daß auch die Fahrpreise erniedrigt werden. Die elektrischen Bahnen haben tatsächlich überall niedrigere

Fahrtaren. Die Entwicklung des elektrischen Bahnverkehrs läßt sich aus folgenden Angaben ersehen:

	1890	1902
Zahl der Bahngesellschaften	789	987
Betriebslänge rund Kilometer	9 800	2 700
Gleislänge	13 000	38 000
Anlagekosten in Millionen Frank	195	1 085
Zahl der Personenwagen	32 000	60 000
Zahl der beförderten Gäste usw. Millionen	2 400	5 800

Die Zahlen bedürfen keines Kommentars, doch sei auf die ungewöhnlich starke Zunahme des Anlagekapitals hingewiesen. Die Betriebs- sowie die Gleislänge stieg um das Dreifache, die Anlagekosten dagegen um mehr als das Fünffache. Dies erklärt sich dadurch, daß die Ausnutzung der Wasserkräfte großen Kapitalaufwand erfordert. Im allgemeinen ist die Elektrifizierung der Bahnen mit großen Kosten verbunden. So sind in Italien für die Elektrifizierung von 10 Bahnlängen 70 Millionen Lire voranschlagen. Wenn daher auch nur ein Teil der jetzt projektierten elektrischen Bahnen bald zur Ausführung kommen sollte, so würden wir mit einer noch nie dagewesenen Geldsteuerung, gleichzeitig aber auch mit dem Ende der Krisis zu rechnen haben.

Wie es auch sein mag, die Vereinigten Staaten haben das in der Gegenwart wichtigste technische und wirtschaftliche Problem praktisch gelöst, und es unterliegt keinem Zweifel, daß auch die anderen Staaten ihnen bald werden folgen müssen. Die Elektrifizierung der Bahnen ist aber technisch nur durch die staatliche Ausnutzung der Wasserkraft möglich, die ihrerseits wieder das staatliche Wasserkraftmonopol voraussetzt. Man sieht, die Umwälzungen, die die Einführung des elektrischen Bahnverkehrs für Europa im allgemeinen und für Deutschland im besonderen herbeiführen wird, sind sehr tiefgreifend und ziehen Konsequenzen nach sich, die man heute mehr andeuten als überblicken kann.

Soziales und Parteileben.

Die Schmiede in Stettin sind in den Streit eingetreten, nachdem die Innung auf die eingereichten Forderungen der Gesellen nicht antwortete. Zugang ist fernzuhalten.

Die Konferenz für das deutsche Baugewerbe begann Dienstag vor dem Berliner Gewerbegericht. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich. Die Leitung hat das Kollegium der Unparteiischen in Händen, Magistratsrat von Schulz als Vorsitzenden und Dr. Brenner-München nebst Dr. Meißel-Göfen als Beisitzer. Die an verschiedenen Orten noch bestehenden Differenzen sind zu erledigen, besonders aber die Frage der Arbeitsnachweise, die von den Unternehmern aufgestellt worden ist. Gegen die Errichtung eigener Arbeitsnachweise, wie sie die Unternehmer wünschen, machen die Arbeiter schwere Bedenken geltend.

Wieder ein Staatsanwalt, der die Gewerkschaften für politisch erklärt. Wir hatten seinerzeit berichtet, daß der schlesische Gauleiter des Gemeindearbeiter-Verbandes, Gen. Mehrlein-Breslau, für die Abhaltung einer nicht polizeilich angemeldeten Betriebsbesprechung der städtischen Gasarbeiter in Sagan zusammen mit dem Einberufer und dem betreffenden Gastwirt ein polizeiliches Strafmandat über 30 Mk. erhalten hatte, das am 1. Mai vom Saganer Schöffengericht bestätigt worden war. Es wurde darauf Berufung eingelegt, über die am 24. Juni die Strafkammer zu befinden hatte. Inzwischen ist das Reichsvereinsgesetz in Kraft getreten, und dieses mußte Anwendung finden, weil es gegenüber der alten preußischen Verordnung die mildere Bestimmung enthält, daß gewerkschaftliche Versammlungen unter keinen Umständen mehr anmeldepflichtig sind. Doch der Herr Staatsanwalt hatte sich die Sache gründlich überlegt und er glaubte einen Ausweg gefunden zu haben. Er führte aus:

hummelt nicht einmal gern in Stuhl, wenn's geht. Für jeden Aktiven, der so in Berlin die Nacht durchlumpft, einen Zaler, dann will ich ihnen allen eine goldne Ruuschkowle stiften und sogar die Kommandeuse noch dazu einladen, damit ihr Alter nicht vor Schrecken in Ohnmacht fällt."

Stets war er ein flotter Tänzer gewesen, heute aber machte ihm sein Arm die Sache beschwerlicher als sonst. Das Juden wollte kein Ende nehmen, was er seinem aufgeregten Zustande zuschrieb, denn dieser Leutnant Rex mit seiner trocknen Bemühung um Rita stimmte ihn unruhig. Er verstand sie nicht, die so dahin tollte, während ihm der Ernst in allen Gliedern lag. „Abstand der Jahre“, war sein Gedanke. Sofort aber verwarf er diese Entschuldigung, weil er an ihre Anbetung dachte. Liebe sie an ihm die Reife des Mannes, so hatte sie auch Ursache, sich ihr anzupassen. Ein wunderliches Ding, das stets zwischen Lachen und Weinen schwebte. Gott sei Dank, daß er ihrer sicher war! Mit einer bloßen Trauerfötte hätte er sein Leben doch nicht beschließen wollen.

Endlich hatte er doch den Mut, mit ihr ein paar Stunden zu machen, und zwar links herum, was ihm leichter wurde, ihr jedoch nicht. Bald jedoch gab er diesen Leichtsin auf, weil Walter ihm davon abriet.

Die Gesellschaft hatte sich bereits sehr gelichtet, als Rita dann mit dem Jüngeren plaudernd zusammensaß, während Werner irgendwo anders die Unterhaltung führte.

„Es freut mich, daß Sie so besorgt sind um Ihren Bruder“, ermunterte sie ihn zu einem Gespräch. „Sie scheinen also doch Vorzüge zu haben.“

„Nur mit Ihrer Erlaubnis“, spottete er zurück, nun schon vertraut geworden mit ihrer Gesprächsart. Er nippte jetzt wirklich von seinem Moste, der in kleinen Tässchen herumgereicht war, wozu die Herren noch ihren Chartreuse oder Hennessy tranken, während die Damen aus den silbernen Schalen nach dem zarten Biskuit langten.

„Sie wissen wohl gar nicht, daß er mir mal das Leben gerettet hat“, sagte er wieder; und als sie den Kopf schüttelte, begann er zu erzählen: Wie eine große Überschwemmung auf der Landwirtschaft seines Vaters war, und wie er als Pflichtträger mit andern Jungen durch das Wiesenwasser plätschte und plötzlich in den See geriet, dessen Ufer man nicht mehr sehen konnte.

Es ist gerichtsnotorisch, daß die freien Gewerkschaften bemüht sind, und zwar mit positivem Erfolge, Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen, so z. B. beim Arbeiterschutz, bei der Versicherungsgesetzgebung usw. Daraus aber ergibt sich, daß diese Gewerkschaften politischer Natur sind, und deshalb muß wenigstens Mehrlein bestraft werden.“

Ausdrücklich hob der Anklagevertreter hervor, daß diese Verurteilung von prinzipieller Bedeutung für die Handhabung des neuen Vereinsgesetzes sein werde. Der Wirt allerdings sei mit diesem Gesetze nicht mehr straffällig, er also müsse freigesprochen werden, ebenso der Einberufer, weil dieser bereits eine Polizeistrafe wegen Verteilens der Einladungszettel erhalten habe und damit wegen derselben Tat bereits bestraft sei. Die ausdrücklichen Hinweise der Verteidiger wie des Genossen Mehrlein auf die Erklärungen des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg im Reichstage, daß die Gewerkschaften nicht als politische Vereine betrachtet werden sollten, machten auch auf die Richter wenig Eindruck. Zwar sprachen sie den Genossen Mehrlein frei, aber mit folgender Begründung: „Die Gewerkschaften der freien Richtung sind sozialdemokratisch; ebenso ist es gerichtsnotorisch, daß sie Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen versuchen.“ Aber obgleich Mehrlein als sozialdemokratischer Aktivist bekannt sei, habe er doch freigesprochen werden müssen, weil ihm nicht nachzuweisen gewesen sei, daß er in der fraglichen Versammlung politische Angelegenheiten erörtert habe. So lange aber das nicht der Fall sei, könne er nicht für die Tätigkeit der obersten Gewerkschaftsleitungen verantwortlich gemacht werden.

Ein neuer Scharfmacherverband für Südwestdeutschland. Am Sonnabend mittag waren in Mannheim etwa 50 Vertreter großer industrieller Betriebe unter dem Vorsitz des bekannten Textilindustriellen Schumberger von Mühlhausen (Elsas) zusammengetreten, um dem im Herbst gegründeten deutschen Verband der Betriebskrankenkassen durch eine neue Spezialgründung für Elsas, Baden, Hessen, Pommern, Ostpreußen und Posen zu „unterstützen“. Der Referent, ein Herr Hart, Vorsitzender der staatlichen Betriebskrankenkasse in Darmstadt behauptete, die Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, in der die Ortskrankenkassen zusammengeschlossen sind, stände vollständig unter sozialdemokratischem Einfluß. Wenn der Herr die Verhandlungen der betreffenden Verbände verfolgt, so kann er diese Behauptung nicht oder nur wider besseres Wissen aufstellen. Aber es kam ja wohl auch nur darauf an, für die neue Scharfmachergründung eine Motivierung irgendwelcher Art anzugeben. Dazu fällt auch die weitere Behauptung des Referenten, daß die genannte Zentrale nur aus politischen Gründen Gegnerin der Betriebskrankenkassen sei, moralisch nicht ins Gewicht. Desto beachtlicher ist die Neugründung wegen der bedeutenden Einflüsse, die sie in Gemeinschaft mit den anderen Scharfmacherverbänden üben wird. Und dieser Einfluß wird um so größer sein, je mehr es den guten Leuten gelingt, der Welt als harmlos zu erscheinen. Ohne Widerspruch zu finden, konnte der Referent auch behaupten, daß die Industrie bisher den Grundfaß vertreten habe, keine Politik zu machen und sich daher untätig in der Wahrung ihrer Interessen gezeigt habe. Deshalb solle sich der Industrielle einer Körperschaft anschließen, die seine Interessen vertrete, und als solche komme der neue Verband für Südwestdeutschland in Betracht. Daß es sich nicht um die Interessen der Versicherten, sondern der Unternehmer handelt, beweist die Bestimmung im § 4 der Statuten, daß industrielle Werke und andere Unternehmungen, die eigene Betriebskrankenkassen besitzen, an Stelle dieser letzteren beitreten können, — eine Bestimmung, die ausgesprochenemmaßen und trotz gedrückter Bedenken in Rücksicht auf die in den Vorständen sitzenden sozialdemokratischen Arbeiter, d. h. solcher, die sich dem Beitritt der Klassen widersetzen, geschaffen wurde. Damit ist, wie teils gewünscht, teils abgelehnt wurde, deutlich genug der Kontakt mit dem industriellen Scharfmachertum hergestellt, und der Vorstand des Süddeutschen Industriellen-Verbandes ließ auch bereits durch Herrn Wiet-Mannheim seine Unterstützung zusagen. Der Sitz des neuen Verbandes ist Mann-

Herbststurm.

Roman von Max Kretzer.

(9. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Nach einer halben Stunde wagte man im ausgeräumten Speisesaal noch ein Längchen, weil die Jugend dazu gedrängt hatte. An solchen Abenden sorgte Frau von Stedel stets dafür, daß die jungen Mädchen besonders auf ihre Kosten kämen, und so hoberte sie unaufhörlich die Längchen auf, denn es waren Herren dabei, die sich regelmäßig drücken und die Bläsern spielten, namentlich, wenn die Damen nicht nach ihrem Geschmack waren. Dann saßen sie lieber bei der Flasche oder warteten auf den Augenblick, wo sie sich mit Anstand empfehlen durften, um den angebrochenen Abend noch irgendwo fortzuführen.

Rex opferte sich auf, und bald hatte auch die kleine Fran Professor gefunden, daß es sich brillant mit ihm malze, sodaß sie aus dem Ergötzen nicht herauskam. Es war ihr gleichgültig, zu wem sie den schmachtenden Blick erhob, wenn sich ihre gequälte Seele nur im schönen Reigen auf Minuten schwingen durfte. Ihr Gatte, der große Mathe-matiker, sah währenddessen diesem lustigen Treiben mit-mütig zu und posante dem General ins Ohr: „Ich meine, daß diese modernen Herren ganz merkwürdig tanzen. Die heben die Füße gar nicht mehr, die drehen sich nur noch, hem ja.“ Er hatte vorher einmal den Versuch dazu gemacht, ihn aber gleich wieder aufgegeben, und so ärgerte er sich nun doppelt, daß seine bessere Hälfte sich garnicht mehr um ihn bekümmerte.

Am meisten aber forderte der Leutnant Rita auf, was sie nicht gut abschlagen konnte. Einmal machte es sich so, daß er und der jüngere Utten, der in dieser Kunst allerdings nicht bedeutend ausgebildet war, gleichzeitig auf sie zutraten, worauf dieser natürlich zurückstand, was der Schneidige ganz selbstverständlich fand. Dafür entschädigte sie Walter dann, indem sie bei der Damenwahl gleich auf ihn zuschob, eigentlich nur, um Rex zu ärgern, denn er hatte diese Auszeichnung bestimmt erwartet. Er beachtete jetzt Walter gar nicht mehr, überging ihn vielmehr auch, sobald die Gelegenheit zu einer Unterhaltung kaum vermeidlich war.

Und Werner, der es beobachtete, sagte bissig zu dem Bruder: „Bei dem hast du dir gehörig was eingebrockt. Wer

„Es war zu Pingsten, und Werner war gerade auf Urlaub. Abends saßen sie gemütlich auf der Veranda bei einer Bowle, denn Mutter feierte gerade ihren Geburtstag. Auch Pastors aus dem Dorfe hatten sich eingefunden, mit ihrer kleinen Tochter, das weiß ich noch ganz genau, denn wir nannten sie immer Schwemmlöbchen. Und die Frau Pastor war auch nubernd, und wenn beide unterge-gangt über die Felber gingen, dann sagte Vater immer, er möchte auf die Gelfantenjagd gehen. Und der Pastor war dünn wie eine Bohnenstange, und lang aufgeschossen, sodaß wir Jungens in der Kirche immer Angst hatten, er würde über die Kanzel fallen. Es waren auch noch andere Menschen dort, auf die ich mich aber nicht mehr besinnen kann. Aber hören Sie nur weiter, Fräulein Rita. Mir war das Gerede sehr langweilig, ich hatte auch einen Klaps von Vater bekommen, weil ich immer heimlich die Erdbeeren aus den Gläsern genascht hatte und zur dicken Marie immer sagte: „Heute hat's bei uns Brühe mit Schwemmlöbchen gegeben.“

So stahl ich mich also fort und ging durch den Obstgarten über die Wiesen, denn es war noch hell. Das ganze Wasser war rot von der untergehenden Sonne. Das alles sehe ich noch lebhaft vor mir. Und die Jungen vom Gärtner kamen, und auch der Hinte-Gmil kam. Das war ein rüddiger Bengel von einem unsrer Leute, der die Jungen immer hinterwärts ins Wasser ließ. Die andern gingen barfuß, trampelten sich die Hosen auf, trabten ins Wasser und griffen tief ins Gras, weil sie sagten, die Fische seien aus dem See auf die Wiesen gekommen. Dann taten sie immer so, als wenn sie einen hätten, machten einen Heidenlärm, und der Hinte-Gmil rief, es hätte ihn ein Mal gelüben, und dabei humpelte er vor Schmerz, wozu er sich gar nicht erst zu verstellen brauchte. Zuerst hatte ich Angst vor den Malen, dann aber zog ich mir Stiefel und Strümpfe aus und machte es ihnen nach. Nie werde ich das vergessen! Ich sehe immer noch den roten Horizont und das blutige Wasser, und das hohe Schneidegras, das herausragte und das dann immer kürzer wurde, ohne daß ich darauf achtete, denn mutig ging ich voran.

Und plötzlich höre ich eine Stimme: „Walter, wie du zurück!“ Zugleich rufe ich laut: „Ich habe einen Mal“, und da sehe ich den Fuß vor und sinke bis an den Hals ins Wasser. „Der Walter ertrinkt!“ schrien die Jungen und

Aus dem Gerichtssaal.

Prozess Eulenburg. In der gestern 11 Uhr wieder aufgenommenen Verhandlung gegen den Fürsten Eulenburg erwähnte der Oberstaatsanwalt Dr. Hensel sämtliche Zeugen, nichts von den Vorgängen des Prozesses in die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Nach Entlassung der Zeugen wurde die Vernehmung des Angeklagten fortgesetzt. Um 3 Uhr wurde die Verhandlung geschlossen und auf heute vertagt.

Die Verzweiflungstat einer histerischen Mutter beschäftigte das Schwurgericht des Landgerichts II in Berlin. Wegen Ermordung ihres am 11. April 1907 geborenen Kindes Richard hatte sich die verehelichte Auguste Minnie geborene Stegmann aus Nixdorf zu verantworten. Die 24 Jahre alte Angeklagte, die aus Lübeck stammt, hat eine recht freundliche Jugend verleben. Als sie noch drei Jahre alt war, starb ihre Mutter durch Selbstmord. Sie war von ihrem Gemann der Untreue beschuldigt worden, der behauptete, die jetzige Angeklagte stamme aus außerehelichem Verkehr. Der Vater war infolge dieses Verdachts immer sehr unfreundlich gegen die Tochter und soll in trunkenem Zustande wiederholt zu ihr gelangt haben: „Geh fort, du bist nicht mein Kind, laß dir von deinem Vater etwas offen geben!“ Infolgedessen bildete sich immer mehr ein melancholischer Zug bei ihr aus, sie wurde mehr und mehr verschüchtert und verschlossen, und als nach ihres Bruders Tode der Vater sich dem Trunke ergab, schloß sie sich grenzenlos verwachsen war, wurde sie zunächst Dienstmädchen und bildete sich dann zur Krankenschwester aus. Sie erwarb auch bald das Vertrauen der Ärzte und pflegte die ihr anvertrauten Kranken mit Lust und Liebe. Im August 1905 verlobte sie sich mit dem Maschinisten Richard Minnie, der bald nach der Verlobung als Geizer nach Japan fuhr und erst nach 6 Monaten zurückkehrte. Er unternahm dann noch einmal eine Seereise, und in der Zwischenzeit soll sich, wie die Angeklagte es darstellt, das Benehmen der Schwiegermutter ihr gegenüber so geändert haben, daß sie zu der Meinung kam, ihre Schwiegermutter könne sie nicht leiden. Sie faßte infolgedessen schon vor der Hochzeit Selbstmordgedanken und vertraute sich der ihr besondern Kranken Schwester Johanna an. Diese mußte sie aber zu bestimmen, die Selbstmordgedanken aufzugeben und die letzte Zeit vor der Heirat als Krankenschwester wieder einzutreten. Am 6. Juli 1906 heiratete sie den Maschinisten Minnie, der damals in Essen beschäftigt war, und gebar dort am 11. April 1907 einen Sohn. Die anfangs glückliche Ehe gestaltete sich bald sehr trübe, denn es war ein sehr ungleiches Paar vor den Ehegatten gespannt worden. Sie behauptet, ihr Gemann, der mehr an seiner Mutter als an ihr gegangen habe, sei unfreundlich zu ihr gewesen und von seiner Mutter beeinflusst worden. Auch habe er an sie manchmal Anforderungen gestellt, die sie nicht erfüllen konnte. Der Gemann dagegen schildert die Angeklagte als in ihrem Wesen sehr launisch, manchmal sehr zärtlich, manchmal sehr empfindlich, oft melancholisch; auch habe sie sich zeitweise gar nicht um die Wirtschaft bekümmert. Es kam wiederholt zu ehelichen Zwistigkeiten, in deren Folge die Angeklagte schon einmal in Essen einen Selbstmordversuch unternahm. Damals hat sie kurz vor der Geburt ihres Sohnes eine Flasche Nylol austrinken wollen, sie wurde aber von ihrem Gemann, der ihr die Flasche entriß, daran gehindert. Von Essen ging das Ehepaar Ende August 1907 nach Hamburg, wo der Gemann sein Maschinistexamen machte. Von dort kehrte sie Anfang Januar 1908 nach Nixdorf über. Hier gestaltete sich das gegenseitige Verhältnis wieder freundlicher, und die Angeklagte konnte ihrem Manne mitteilen, daß ihr Wunsch, die Mutter eines zweiten Kindes — hoffentlich eines Mädchens — zu werden, in Erfüllung zu gehen scheine. Sie bat ihn, nun in diesem Zustande mit ihr doch gut zu sein. Es kam aber doch wieder zu Differenzen, und bei einer solchen rief ihr der Gemann zu: „Wenn es dir nicht paßt, meine Sachen in Ordnung zu halten, dann kommst du ja gehen! Solche Auseinandersetzungen nahmen am 23. März abends einen so heftigen Charakter an, daß der Gemann der Angeklagten in der Erregung eine Ohrfeige gab. Die Angeklagte meinte darauf, sie habe nun einen Scheidungsgrund, sie würde zu ihrer Schwester nach Hamburg gehen. Als der Gemann am nächsten Morgen zur Arbeit gehen wollte, sagte die Angeklagte zu ihm, er solle nur seinem Kinde Abschied sagen, denn er würde sie nicht mehr wiedersehen. Er glaubte, daß sie damit auf die Hamburger Reise anspiele und sagte dem Kinde Abschied. Die Frau hatte nun ganz und gar den Kopf verloren. Es kam ihr der Gedanke, daß ihr Mann, wenn sie sich scheiden lasse, sie nicht mit Geld unterstützen würde, sie dachte daran, daß sie schwanger war und bei der Trennung fremden Leuten lästig fallen müßte, und so kam ihr, wie sie tränenreich dem Gerichte erklärte, der Gedanke, doch allem ein Ende zu machen, dann würde sie niemand mehr im Wege sein. Um ihr Kind vor einer solchen Jugend, wie sie sie selbst durchgemacht, zu bewahren, beschloß sie, es in das Jenseits mitzunehmen. Als ihr Gemann nachmittags kurz vor 3 Uhr nach Hause kam, war die Wohnungstür verschlossen. Als ein herbeigeholter Schlosser die Tür geöffnet hatte, fand er die Angeklagte auf der Erde am Bett liegend, am linken Unterarm blutend, vor. Der kleine Knabe hatte am rechten Handgelenk eine Schnittwunde und lag wimmernd im Bett. Frau und Kind wurden mit dem Krankenwagen nach der Unfallstation gebracht. Die Angeklagte, die ihr Bewußtsein wiedererlangt hatte, erzählte, sie habe sich und ihrem Kinde das Leben nehmen wollen. Sie habe zunächst dem Kinde eine Dosis Morphium gegeben, habe ihn dann mit dem Rasiermesser ihres Mannes die rechte Pulsader und sich dann selbst die linke Pulsader durchgeschnitten. Auf der Unfallstation wurde dem Knaben der Magen ausgepumpt und der Knabe dem Vater zur weiteren Pflege mit dem Bemerkten übergeben, daß das Kind am Leben bleiben würde. Das Kind ist aber noch an demselben Abend verstorben. Die Angeklagte ist gerettet worden und hatte sich nun wegen der schweren Tat, die sie tief bezeugt, zu verantworten. Sie erklärte unter Tränen, daß sie nicht anders gekonnt habe. Sie sei selbst des Lebens überdrüssig gewesen und habe ihren Liebling nicht einem traurigen Schicksal auf dieser Welt überlassen wollen. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf Totschlag unter Zuhilfenahme mildernden Umstände. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf 9 Monate Gefängnis, wovon 2 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden. Auf Antrag des Verteidigers wurde Haftentlassung beschloffen. Die Geschworenen wollen ein Gnadengesuch für die Angeklagte unterzeichnen.

Aus den Geheimnissen einer preussischen Polizeiwache. Vor der Strafkammer in Hannover spielte sich am Freitag ein Strafprozess ab, der charakteristische Bilder von den Missetaten auf preussischen Polizeiwachen und von der Ausübung des Anlagemonopols entrollte. Am Morgen des 12. Dezember erschienen in der Redaktion des „Volkswillen“, nerses Hannoverischen Parteiblattes, ein in reiferem Alter stehender Musikus, namens Schneider, der Spuren blutiger Missetaten vorwies, die ihm in der vorübergegangenen Nacht in einer Polizeiwachstube mittels Gummischlägers, Säbels und Polizeifäusten zugefügt worden seien. Die Re-

baktion schickte ihn sofort zum Arzt, der diesen Befund attestierte, und sodann zur Staatsanwaltschaft. Der obbligate Erfolg war — ein Prozess gegen das Opfer der Polizei, und zwar wegen „nachlässiger Aufseherung“, „Widerstands gegen die Staatsgewalt“ und versuchter „Gefangenenerleichterung“. Zugleich wurden jetzt erst die von Schneider angegebenen Zeugen, zwei junge Kaufleute, die in derselben Nacht ebenfalls den Fäusten jener Schlagleute ausgelegt waren, neben dem Musikus auf die Anklagebank gebracht. Zum Glück für die Mißhandelten hatte aber die gerechte Empörung und Erbitterung des Publikums bewirkt, daß sich zahlreiche Zeugen meldeten, die in der Verhandlung vom Freitag die sonst mit Grund gesüchteten Polizisten ein-fach erdrückten. Die Verhandlungen ergaben folgendes erhebliche Bild: Eine Gruppe von 10 bis 15 meist jungen Leuten, darunter der in Begleitung einer Dame befindliche Handlungsgehilfe Siemens und der Musikus Schneider, mit seiner Trompete unterm Arm, bewegten sich nachts nach 2 Uhr, von einem Feste des Arbeiterbildungsvereins kommend, teilweise leise singend oder summend, durch einige Straßen der inneren Stadt. In der Scholwinstraße stürzte ein Polizist auf die Gruppe los, fährt dem Siemens gleich in den Nacken und fordert seine Personalien. Siemens kann sich nur durch einige Briefe und Karten legitimieren. Jedoch von allen Seiten wird dem Schutzmann bestätigt, daß man den jungen Mann als den Handlungsgehilfen Siemens kenne. Trotzdem muß er mit zur Wache. Ein Mädchen, das sich erbieht, die Identität des Sistierten nachzuweisen, erhält statt jeder besonderen Antwort von dem Polizisten einen Schlag ins Gesicht; daselbe widerfährt dem Zeugen Proturisten Meyer. Während des Transportes versuchte Siemens seinen von der Schutzmannschaft umspannten Arm freizubekommen. Folglich hat er außer wegen „ruhestörenden Lärms“ sich noch wegen „Widerstandes“ zu verantworten, obgleich er nur die liebevolle Umklammerung als überflüssig empfand und von vornherein gutwillig folgen zu wollen erklärt hatte. Unterwegs machte der den Zug begleitende Musikus Schneider einige Bemerkungen zu der Sache, die in keiner Weise „ungehörlich“ waren. Also auch „Rufstörung“. Außerdem wird ihm zur Last gelegt, wiederholt den gewalttätigen Versuch gemacht zu haben, den Siemens — den er persönlich bis zu jenem Tage nicht kannte — zu befreien. Außer dem Beantweten sagen sämtliche Zeugen übereinstimmend aus, daß sie von der ganzen Gefangenenerleichterungsgeschichte nichts bemerkt hätten, obwohl, wie ein Teil der Zeugen bezeugte, sie diese Vorgänge, wenn sie passiert wären, hätten bemerken müssen. Auch über den Anlaß der Siesierung des Siemens gehen die Meinungen des einen Polizisten und sämtlicher übrigen Zeugen weit auseinander. Auf der Wache kam es zu unglücklichen Rohheiten. Verhältnismäßig glimpflich erging es noch dem Siemens. Er wurde unter fortwährenden Klappen des Knies die Treppe hinaufgeleitet. Oben angekommen, wurde er als „dummer Junge“ beschimpft, der „die Schnauze halten“ solle. Erst als er dem Lütiz zugab, ein „dummer Junge“ zu sein, hatte er Ruhe. Mit seinem Hut spielten unterdessen die Polizisten ein fröhliches Fußballspiel, und als Siemens dem Spiel keinen Geschmack abgesehen konnte, setzte es Stöße und Schläge. Mittlerweile war auch Schneider festgenommen worden, weil er dem Verfassungsgrundsatz, daß jeder Preuze das Recht habe, seine Meinung frei zu äußern, eine übertriebene Bedeutung beigelegt hatte. Über ihn, der ebenfalls schon auf der Treppe fortgesetzt mißhandelt worden war, fielen oben zwei Polizisten mit Gummischläger, Säbels und Fäusten her. Ein anderer Polizist hielt mittlerweile die Tür zu. Blutend wurde der Mißhandelte zu Siemens in den „Schranke“ gebracht, aus welchem Möbel, in dem kaum drei Menschen sitzen können, beide erst am nächsten Morgen entlassen wurden! Auf Vorhaltung des vorstehenden Richters machen die Schlagleute in den verschiedenen Mißhandlungsfällen von dem Rechte der Zeugnisverweigerung Gebrauch. Übrigens bekamen die beiden Leute im Polizeischranke noch Verstärkung durch einen dritten Mann, der nach der Festnahme Schneiders ebenfalls auf die Wachtstube gebracht wurde, ohne daß er zu jener Gruppe, die vor der Wache bereits mit blanker Waffe zerstreut war, gehört hätte, nämlich der verheiratete Kaufmann Hauer, der mit einem Freunde dazu kam, als der Wache bereits „geäubert“ war. Gegen Hauer wurde die Polizei ebenfalls auf der Straße gleich tätig. Jedoch hat man ihn auf der Wache in Ruhe gelassen; nur mußte er sich, obwohl er gar nichts verbrochen hatte und sich zudem durch seinen Militärpaß legitimierte, gefallen lassen, ebenfalls in den Schranke gesperrt zu werden. Allen drei Angeklagten wird das beste Zeugniszeugnis gegeben. Siemens ist Sohn eines Amtsrichters und verwandt mit einem der beisitzenden Landgerichtsräte, der sich infolgedessen für befangen erklärte. Der Staatsanwalt meinte, auf das Zeugnis des Schutzmannes müsse man sich verlassen, wenn auch „natürlich“ (!!) alle anderen Zeugen anders aussagten. Er beantragte gegen Schneider sieben Monate Gefängnis, gegen die beiden anderen Angeklagten Geldstrafen. Das Gericht kam aber zur Verurteilung der Polizei, indem es alle drei Angeklagten von sämtlichen ihnen zur Last gelegten Straftaten freisprach und die Kosten dem Staat aufbürdete. Daß den ursprünglichen Geheißhüttern nun der Prozess gemacht wird, ist nach den in Preußen bestehenden „Rechtsgarantien“ wohl schwerlich zu erwarten.

Der arme Sekretär der reichen Leute. Der Rechtsanwalt Max Schleuderer in Augsburg war Sekretär der Liberalen Partei, als welcher er äußerst angestrengt agitatorisch tätig war; Tausende von Kosen und Schwarzen hat er gefressen. Aber von dieser Kost allein kann man nicht leben und Geld hatte die Partei der reichen Leute in der Kasse nicht. Er griff fremde Gelder an. 9000 Mark hat er unterschlagen. Das Landgericht in Augsburg verurteilte den armen Teufel zu 9/10 Monaten Gefängnis. — Seit Monaten nun schon der zweite hervorragende Führer der Liberalen in Augsburg, der auf solche Weise vom politischen Schauplatz verschwand!

Ein Verzweiflungsschrei aus dem Lehrerseminar.

Aus Lehrerkreisen wird der „Leipziger Volkszeitung“ geschrieben: Die Sozialdemokratie zieht in den Preussischen Landtag ein und wird große Aufgaben zu erfüllen haben. Nicht die geringste ist die, sich der Ausbildung unserer Volksschullehrer anzunehmen; denn hier herrschen Mißstände, wie sie kaum denkbar sind. Und wie wenig erfährt man bisher bei den Sitzungen davon. Sie fanden ja meist abends statt und über diesen Punkt ging man obenrein lächelnd hinweg. Wie sich der Minister zur Volksschule und ihren Lehrern stellt, hat er zu deutlich bewiesen, als daß diese noch Hoffnungen auf ihn setzen könnten. Und hier bietet sich der Sozialdemokratie Gelegenheit, Leben zu bringen in den trüben Gang der preussischen Bureaucratie. Um unsere Lehrerausbildung in den Seminaren und Präparandenanstalten ist es übel genug bestellt. Junge

Leute, die sich zum Teil mit einer heiligen Begeisterung der Erziehung unserer Jugend widmen wollen, werden bis zu ihrer Abgangsprüfung in geradezu skandalischer Zucht gehalten, eine Zucht, die ihnen ihren herrlichen Beruf oft ausäußerste vererbt. Sie sollen mit zwanzig Jahren selbständige, freie Geister geworden sein, die dem Strome des Lebens einen Charakter entgegenzusetzen haben. Und doch werden sie bis 14 Tage vor diesem Termin gegängelt, vor mundet und durch raffinierte „Ordnungen“ und „Reglements“ eingeschränkt, daß sie fast zu Maschinenteilen werden. Wehe dann denen, deren Idealismus nicht groß genug ist, um sich im Innern darüber hinwegzusetzen und sich eine stolze, freie Menschenseele zu bewahren. Und das können nur wenige. Bei einem großen Teile bricht naturgemäß eine Reaktion hervor, die sich in einem heißen Lebensunger, in einem Streben nach zügellosem Genuße äußert. Es ist fast unglücklich, daß in Anstalten, in denen Pädagogik das Hauptfach ist, in der Erziehung der eigenen Schüler so wenig Pädagogik bewiesen wird. Die Individualität der jungen Leute kommt da z. B. überhaupt nicht zur Geltung. Ist eine Anstalt Internat, wie ja die meisten, herrscht darin ein Geist, der dem eines Zuchtinstitutes ähnelt. Jedem ist von früh 5 Uhr bis abends 1/10 Uhr, d. h. bis zum Schlafengehen, sein Tageslauf bis ins kleinste vorgeschrieben. Und bei den Externaten ist es nicht viel besser, meist nur insofern, daß die Übertretungen nicht so leicht entdeckt werden können. Die Eltern haben bei der Wohnungsfage ihrer Kinder überhaupt nicht mitzureden, noch weniger diese selbst. Der Seminarleiter bestimmt für 5, 6, 7 Schüler, mitunter auch mehr, eine von ihm gefuchte Pension. Ob dieses Zusammenleben dem Charakter des jungen Menschen entspricht, ob die Eltern oder er selbst einen Wechsel wünschen, danach wird nicht gefragt, oder es werden ihm die größten Schwierigkeiten bereitet. Und doch ist gerade diese Angelegenheit von hoher Bedeutung für die Charakterentwicklung. Dazu kommt eine Überwachung des privaten Lebens, wie sie sich getrost der der Jesuiten an die Seite stellen kann. Zum Ausgehen hat der Seminarist wenige Stunden am Tage und höchstensfalls drei bis viermal in der Woche bis 7 Uhr. Jede Übertretung der Freizeit, auch z. B. bei Besuch durch die Eltern, bedarf der ausdrücklichen Erlaubnis des Lehrers. Vergünstigungen, wie der harmloseste Tanz, sind selbstverständlich untersagt. Kürzlich erst passierte es, daß etwa acht Seminaristen, die von einem vornehmen Vereine, dem auch viele Lehrer angehören, zu einem Ausfluge eingeladen worden waren und an dem üblichen Tänzen teilgenommen hatten, sehr hart bestraft wurden. Und das an einer Anstalt, die noch zu den freiesten gehört. — Dit ist auch das Lesen von Zeitungen oder solcher Bücher verboten, die nicht im Unterricht unmittelbar Verwendung finden. Kirchenbesuch ist natürlich für jeden Sonntag vorgeschrieben. Dabei sind zumeist nicht nur die Gebäude, sondern auch die Plätze darin bestimmt.

Diese Vorschriften sind nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was das Leben eines Seminaristen oft genug recht jammervoll gestaltet und ihm einen Knechtsgeist gibt. Hier wird die Sozialdemokratie eine Wunde klopfen können, der schon mancher Menschengestalt erlag.

Aus Nah und Fern.

Unlautliche Dinge über die sogenannte „Untersuchungshaft“ des Fürsten Eulenburg erfährt die Welt aus der gestrigen Nummer der „Zeit am Montag“. Darin schildert ein sensationshungriger bürgerlicher Journalist seine ausführlichen Verjuche, die er zwei Tage lang gemacht hat, um den Fürsten zu sprechen. Die Untersuchungshaft hat bekanntlich vor allen Dingen den Zweck, dem Angeklagten jede Verwischung und Befreiung von Beweismaterial unmöglich zu machen. Zu diesem Ende wird ein gewöhnlicher Sterblicher, der in Untersuchung sitzt, von der Außenwelt auf das strengste abgeschlossen. Das ist, wie gesagt, gerade der wichtigste Zweck der Untersuchungshaft. Beim Fürsten ist das ganz anders, wie wir zu unserer Verblüffung aus der „Zeit am Montag“ erfahren. Der behandelnde Arzt hat z. B. dem Journalisten erzählt:

„Wenn der Fürst von Gattin und Sohn oder von dem Verteidiger und dessen Begleiter besucht wurde und ich als Dritter hinzukam, dann war für mich keine Sitzgelegenheit mehr vorhanden. Entweder ein Besucher mußte hinausgehen, um mir Platz zu machen, oder aber ich mußte mich direkt auf das Bett des Kranken setzen.“

Auch aus dem weiteren Bericht erfährt man, daß nicht nur Frau und Sohn ganz ungehindert bei dem Fürsten einzutreten und ausgeben, sondern daß er außerdem noch seinen eigenen Kammerdiener, Partsch, bei sich hat, der natürlich ebenfalls frei ein- und ausgehen und mit jedermann frei verkehren kann. Eine solche Sorte von „Untersuchungshaft“ ist uns in der Tat noch nicht vorgekommen! Und wahrhaftig konnte sich denn auch der Journalist durch Vermittelung dieser Personen mit dem Gefangenen in Verbindung setzen! Die Fürstin erzählte ihm nicht nur von den Absichten ihres Mannes, sondern brachte ihm sogar einen Brief desselben an den Untersuchungsrichter, worin dieser gebeten wurde, dem Journalisten einen Besuch bei dem Gefangenen zu gestatten. Der wurde freilich schließlich von dem Untersuchungsrichter abgelehnt, aber schon vorher war es dem Journalisten gelungen, bis an die offene Tür der Zelle zu dringen und einen Blick hineinzuwerfen. Wir möchten gern einmal sehen, was für ein Gesicht ein deutscher Untersuchungsrichter machen würde, wenn etwa ein Sozialdemokrat, und sei es auch ein kranker, das Ansinnen an ihn stellen wollte, täglich von Frau und Sohn besucht zu werden und einen privaten Pfleger bei sich zu haben. In den Gefängnissen dürfen die Untersuchungsgefangenen nicht einmal gleichzeitig mit den Sträflingen die — Bedürfnisanstalt benutzen, um jede Verührung mit anderen Personen als den Wärtern zu verhindern. Aber der Fürst darf unter den Augen der Polizei einen Brief aus seiner Zelle an eine unbeteiligte Person schicken.

Ein Gnadengesuch für Grete Veier. Der Verteidiger der zum Tode verurteilten Bürgermeisterstochter Grete Veier, Rechtsanwalt Dr. Knoll, wird gegen das Urteil des Freiburger Schwurgerichts keine Revision einlegen. Dagegen wird er ein Gnadengesuch einreichen. Die Geschworenen hatten sich schon im Geschworenenszimmer entschlossen, ebenfalls ein Gnadengesuch einzureichen. Da dies aber gesetzlich nicht zulässig ist, haben sie sich infolge dessen einstimmig bereit erklärt, das Gnadengesuch des Verteidigers zu befürworten. Die Geschworenen nehmen an, daß auch der Vertreter des sächsischen Justizministeriums, der den Verhandlungen von Anfang bis zu Ende beizubohnte, das Gnadengesuch befürworten wird.

Über einen Raubfall im Eisenbahnzuge, dessen Opfer eine allein im Rupee befindliche Dame geworden ist, wird aus Köln berichtet: In dem Nachtzuge Köln-Königswinter wurde eine Dame kurz hinter der Worortstation Raub verübt. Die allein in einem Frauenabteil zweiter Klasse fahrende Dame, die sich zum Schlafen hingelegt hatte, bemerkte, daß ein Mann, dessen Kopf mit einer Dienstmütze bedeckt war, durch die Fenster in das Innere des Abteils sah. In der Annahme, der Schaffner wolle die Karten revidieren,

deren, erbot sich die Dame: in demselben Moment rief der Mann die Tür auf, ergriff die Reisetasche der Dame und verschwand. Durch Klopfen benachrichtigte man Mitreisende, auf deren Veranlassung sofort eine Untersuchung auf der nächstn Station angeordnet wurde, die ergebnislos war. Die Eisenbahnverwaltung hat sofort eine Untersuchung eingeleitet, da die Verabreichungen von Passagieren sich mehren.

Das Automobilunglück im Taunus. Am Sonntag war in Gppenhain ein Waldesst. Dorthin fuhren in der Frühe zwei Lastautomobile der Frankfurter Bürgerbrauerei. Die Rückfahrt wurde gegen 7 Uhr angetreten. Einige Vorüber der benachbarten Orte Ruppertsheim und Fischbach gaben die Chauffeure, sie mitzunehmen. In Ruppertsheim wurde rast gemacht und in einer Wirtschaft eingekauft. Dort befanden sich Ausflügler aus Frankfurt, die ihre Angehörigen in der Umkleekabinen besucht hatten. Sie wollten gleichfalls mitfahren. Die Chauffeure weigerten sich anfangs, gaben aber schließlich nach, doch machten sie die Leute darauf aufmerksam, daß diese auf eigenes Risiko mitfahren. Im ersten Automobil nahmen 12 Personen Platz, im zweiten 18. Schon wenige Minuten nach der Abfahrt ereignete sich auf der Landstraße nach Fischbach das Unglück. Während das erste Automobil an der Kurve knapp vorbeikommt, fuhr das zweite gegen ein am Wege stehendes steinernes Kreuz, das in 8 Stücke zertrümmert wurde. Die Stücke wurden 30 m weit weggeschleudert. Ein Baum zerplitterte infolge des Anpralles. Die Insassen des Automobils wurden herausgeschleudert, zwei gerieten unter das Automobil und blieben auf der Stelle tot, eine Frau fiel aus Frankfurt und ein Tischler aus Bockenhäuser, ein Dritter, der in Frankfurt ein Delikatessengeschäft haben soll, wurde gegen einen Baum gedrückt und ebenfalls getötet. Eine Anzahl Schwerverwundeter wurde auf das erste Automobil geladen und nach Höchst a. M. ins Krankenhaus gebracht. Bald nach dem Unglück erschienen Ärzte und Krankenschwestern aus der Heilanstalt Ruppertsheim. Der Chauffeur wurde in Haft genommen. — Der Frankfurter Zeitung wird noch über den Vorfall gemeldet: Nach Angabe von Zeugen ist der Chauffeur mit sehr starker Geschwindigkeit schon durch Ruppertsheim gefahren. Etwa 1000 Meter vom letzten Haus in Ruppertsheim, an einer sehr abschüssigen Stelle, rannte das schwere Gefährt gegen das an der linken Straßenseite aufgestellte aus schwerem Sandstein gefertigte Kreuz und an einen dicken Obstbaumstamm. Alle Personen, die sich stehend darauf befanden, wurden die Höhe hinabgeschleudert, zum Teil gegen den Sockel des Kreuzes, an dem man noch sichtbare Blutspuren sieht. Im ganzen zählt man drei Tote, fünf schwer und fünf leicht Verletzte. Die Toten haben Schädelbrüche und innere Verletzungen erlitten, die Schwerverletzten Kopf-, Brust- und Rücken-, Schulter-, Arm-, Rippen- und Beinbrüche. Der Chauffeur, der 29jährige Valentin Schembach, Offenbacher Landstraße 85 in Sachsenhausen wohnhaft, soll bei seiner Vernehmung zugegeben haben, daß er eine veraltete Geschwindigkeit an jener gefährlichen Stelle eingeschaltet hat. Als er das Unglück vor Augen sah, bremste er mit aller Wucht, so daß der Hinterwagen ins Rutschen kam. Die Namen der Toten sind: die 30jährige Frau Diehl aus Frankfurt und der 29jährige Delikatessenwarenhändler Krauskopf in Frankfurt; der dritte ist der 19jährige Schreinergehilfe Gustav Liesebing aus Bockenhäuser.

Verdorbenes Wasser. Der „Vorwärts“ berichtet: Die Typhusepidemie in Ehrenbreitstein bei Koblenz hat bedeutend zugenommen. Die Zahl der erkrankten Soldaten belief sich am Freitag auf 87. Der Trainchefat Geringshausen aus St. Lönis ist der Seuche erlegen. Von der Bürgererschaft sind bereits achtzig erkrankt und zwei gestorben. Wie die „Koblenzer Volkszeitung“ berichtet, sind die Erkrankungen unzweifelhaft auf den Genuß von schlechtem Leitungswasser zurückzuführen; es sei scharf unbegreiflich, wie man der Bevölkerung zumuten konnte, filtriertes Rheinwasser zu trinken, das nach jedem Hochwasser völlig verdorben gewesen sei; vorzügliche Quellen seien in nächster Nähe gewesen. Das Wasser habe sogar nach dem letzten hohen Wasserstand merkwürdig gerochen. Wir haben es hier also mit einem Wasserleitungs-skandal à la Gelsenkirchen zu tun.

Aufgehobenes Spielverbot. Der „Frankf. Ztg.“ wird berichtet: Am Sonnabend nachmittag hielten die Mitglieder des Bürgergerichtshofes, begleitet von einem Duzend Kriminalbeamten, Hausdurchsuchung im Döner der Kurjaal, wo sie 20 Personen beim Spiel überrannten und gegen 100 000 Franken beschlagnahmten. Der Klub wurde geschlossen und alle Spieler einem längeren Verhör unterworfen. In Litende erregt das Vorgehen des Gerichts in einem Augenblick, wo der Center Appellhof über den Prozeß gegen den Döner Spielbankunternehmer Marquet in zweiter Instanz verhandelt, natürlich großes Aufsehen.

Der Dieb an der Schreibmaschine. Aus Paris wird geschrieben: Über einen gesunden Diebeshumor verfügt ein Einbrecher, der am Mittwoch zur Nachtzeit in Louloose in ein Haus einbrach, mit magerer Beute entkam, aber doch nicht verläumt, dem Beohlenen mit Hilfe einer im Zimmer stehenden Schreibmaschine einige freundliche Worte zu hinterlassen: „Gezehrter Herr und lieber Kollege! Nach der Anordnung Ihres Zimmers vermute ich, daß sie keine Dame sind, aber Anordnung ist ein Zeichen von Geschäftigkeit und dazu beglückwünsche ich Sie. Wie ich sehe, sind Sie gleich mit Schreibmaschinenschreiber, und in dieser Annahme suchte ich in der Schublade Ihrer Maschine nach den Schlüsseln, die ich dort natürlich auch fand. Ich entleerte Ihre Tischschublade, der ich 1,75 Mk. entnahm. Das ist sehr wenig für nächtliche Arbeit und so habe ich denn auch einige Ihrer Schreibstücke mitgenommen. Die ich mit Ruhe studieren will. Einiges an Ihrer Überzeugung gefüllt mir recht gut. Ich selbst beehre mich in meiner knappen Zeit bisweilen mit solchen Arbeiten. Ihre Maschine nehme ich nicht mit, denn Sie wissen so gut wie ich, daß es heutzutage nahezu unmöglich ist, eine gebrauchte Schreibmaschine loszumerden. Verzeihen Sie, lieber Kollege, daß ich diesen Brief nicht unterschreibe und fürchten Sie keine Wiederholung meines Besuchs. Ihre Zimmerausstattung ist etwas primitiv und ich fand eigentlich nichts, was der Mühe des Mitnehmens wert gewesen wäre.“

Reisepflanz oder Banane? Ein interessanter Wettlauf findet zurzeit zwischen einem begeisterten Vegetarianer und einem ebenso überzeugten Fleischesser in See-land (Dänemark) statt. Der Vegetarianer, der sich schon seit Jahren fast ausschließlich von Bananen ernährt, will den Beweis erbringen, daß sein Körper dadurch für die Ertragung von Strapazen weit fähiger geworden sei als der des Fleischessers, der fleischlich ebenfalls von seinem Siege — dem Siege des Besten über die Bananen — überzeugt ist. Der Ausgang des Wettlaufes wird im Lager der Anhänger beider Ernährungsweisen mit großer Spannung erwartet. Der Lauf geht über Røge — Naesbod — Kalkendborg — Kalkend — Gelling — Røge; diese Entfernung, die 40 Kilometer beträgt, soll zweimal hintereinander zurückgelegt werden. Am ersten Tage langten die beiden Läufer am Winternacht in Røge an; während aber

der Vegetarianer sich hier zur Ruhe begab, um erst am anderen Morgen den Lauf fortzusetzen, lief der Fleischesser, der behauptete, noch ganz besonders „aufgelegt“ zu sein, die ganze Nacht weiter und hat dadurch einen bedeutenden Vorsprung bekommen.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 1. Juli. Der Kutscher Nachholz in Charlottenburg hat den Arbeiter Eduard Nieckel, lief er sich gekümmert hatte, die Frau des Nachholz verführt zu haben, mit einem Mauerstein erschlagen.

Gera, 1. Juli. Ein neunzehnjähriger Gefangener, der von dem fünfzigjährigen Transporteur Koedel aus Hof in Bayern nach dem Arbeitshaus Jock gebracht werden sollte, warf sich auf dem hiesigen Bahnhof unter den um 12 Uhr 30 Min. hier einfahrenden Zug und rief den Transporteur, der ihn von seinem Vorhaben abhalten wollte, mit unter die Räder der Lokomotive. Beide wurden, die „Geraer Zeitung“ zufolge, augenblicklich getötet. Die Leichen wurden vollständig verstimmt, da der ganze Zug über sie hinwegging.

Erfurt, 1. Juli. Das Schwurgericht verurteilte den Erfurter Schuhmann Willenack wegen wissenschaftlichen Meineids zu einem Jahr Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Königsberg, 1. Juli. In Theresenthal bei Gerdauen wurde auf der Feldmark die siebenjährige Luise Bahl ermordet aufgefunden. Als mutmaßlicher Täter wurde ein Knecht namens Boel festgenommen.

Friedrichshafen, 1. Juli. Graf Zeppelin machte gestern mit seinem neuen Luftschiff eine Dauerfahrt bis Zürich und landete nach zwölfstündiger glücklicher Fahrt wieder in Friedrichshafen.

Zinsbrunn, 1. Juli. Das neunte Opfer des Brandes in Zirk ist gestorben.

Freiburg (Schlesien), 1. Juli. Im Gasthause zur Stadt Breslau ermordete der kroatische Schachtarbeiter Nyo Kuffo seinen Landsmann, den 34jährigen Schachtarbeiter Johann Dumante und beraubte ihn. Der Täter ist flüchtig.

Christiania, 1. Juli. Der bekannte Jonas Tie, der in einzelnen seiner Werke auch im „Lib. Volks.“ zu Worte kam, ist heute im Alter von 74 Jahren gestorben.

Budapest, 1. Juli. Sämtliche Arbeiter der Gasfabriken mit Ausnahme derjenigen, die in der Gasfabrik zu Ofen beschäftigt sind und die von der Gesellschaft aufgestellten Lohnstarif unterzeichnet haben, sind in den Ausstand getreten. Pioniere verrichten die Arbeit der Ausständigen.

Paris, 1. Juli. Über vier Millionen beträgt der durch das furchtbare Hagelwetter in Zentralfrankreich am Dienstag angerichtete Schaden. Die schwersten Verluste erlitten die Departements Loire und Bux de Dome. Auch mehrere Menschenleben sind zu beklagen.

Paris, 1. Juli. Der Diamantenschwindler Lemoine, dessen Erpressung wir gestern meldeten, ist noch nicht verhaftet. Man glaubt, daß er in seine Heimat zurückgekehrt ist.

Arbeiter und Arbeiterfrauen!
Verst Euch bei Euren Einkäufen auf die
Anzeigen im
„Lübecker Volksbote“
Damit erweist Ihr dem mit Eurem Gelde
geschaffenen Kampfgemeinde eine wirksame Unter-
stützung!

Quittung.

Im Monat Mai gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Aliona, sozialdemokr. Verein des 8. u. 10. schlesw.-holst. Wahlkreises, 3. Quart. 1907/08 1388,84. Aachen-Land-Cupen, sozialdem. Verein, 1. Quart. 1908 33,50. Aachen-Stadt, sozialdemokr. Verein, 1. Quart. 1908 74,24. Amora (Portugal) D. S. 4. — Groß-Berlin a Konto seiner acht Wahlkreise 10000.—. Berlin, diverse Beiträge, 386,05. Biberach, sozialdem. Verein f. d. 16. württemb. Wahlkr., 1. Quart. 08 9,60. Bonn-Rheinbach, Wahlkreisbeitr. 30.—. Bern 50.—. Braunschweig, 1. Wahlkreis (Braunschweig-Blankenburg), 1. Quart. 08 534,68. Braunschweig, 2. Wahlkreis (Wolfenbüttel-Gelnstedt), 1. Quart. 08 58,60. Braunschweig, 3. Wahlkreis (Ganderhufen-Holzwinden), 1. Quart. 08 70,28. Bremen, sozialdemokr. Verein a Konto 1907/08 2000.—, Bant i. D., 2. oldenb. und 2. hannov. Wahlkr., 1. Quart. 08 629.—. Bochum-Gelsenkirchen, sozialdemokr. Wahlverein, 3. Quartal 1907/08 777,76. Cassel-Melsungen, Wahlkreisbeitrag 317,92. Danzig, Provinz Westpreußen, 1. Quart. 08 161,62. Dresden-Land, 6. sächsischer Wahlkreis 1400.—. Dresden-Altstadt, sozialdemokratischer Verein v. 1. 10. 07 bis 31. 3. 08 1000.—. Delmenhorst, 3. oldenb. Wahlkreis 1. Quart. 08 75,20. Dresden, „aus Unverständnis und Bosheit“ 1,50. Elbingen, 5. württembergischer Wahlkr., 1. Quart. 08 213,44. Falkenberg (Oberjhl.) 3.—. Greiz, soz. Verein für Reuß a. L. 1. Quart. 07 und 1. Quart. 08 240.—. Görtlicher Agitationsbezirk 215,46 (darunter Wahlkr. Görtlich 196,36, Wahlkr. Grünberg 19,10). Görtlicher Agitationsbezirk, Nachzahlung für die Monate Januar-April 312,22. Göttingen, Wahlkreisbeitrag 183,48. Gera, sozialdemokratischer Verein Reuß j. L., 1. Quartal 08 300.—. Graubenz-Strasbourg, Wahlkreisbeitrag 1. Quartal 08 16.—. Hannover, 8. hannov. Wahlkreis a Konto der Beiträge für März und April 1000.—. Halberstadt-Vöhrsenleben, Wahlkreisbeitrag 100.—. Hamburg, eingezogen in der Expedition des „Hamburger Echo“ 176,50. Jsehoe, Wahlkreisbeitrag 284.—. Köln a. Rh., Reg. B. 20.—. Kattowiz, Beitrag der R. P. S. für 1. Quartal 08 73,20. Lehe, Bremerhaven und 19. hannov. Wahlkr., Zentralwahlverein, 1. Quartal 08 355,10. Ludwigshafen a. Rh., Nachzahlung für 3. Quartal 07 25,79. Desgleichen Beitrag a Konto für sechs Wahlkreise 700.—. Desgleichen Rückzahlung des Saues Pfals auf Darlehen zur Landtagswahl 500.—. Lübeck, sozialdemokratischer Verein, 1. Quartal 08 600.—. Lüdenschied, Ortsgruppe L. d. Zentralwahlvereins des Kreises Altena-Fierlohn 32,76. Leipzig-Stadt, sozialdemokr. Verein f. d. 12. sächs. Wahlkreis 30.—. Lützenwalde, Wahlkreisbeitrag, 1. Quartal 08 143.—. Lützenwalde, Kurus 5.—. München, Gau Südbayern, Wahlkreise: Michach 7,68, Ingolstadt 18,53, Wasserburg 3,06, Weilheim 17,33, Rosenheim 23,18, Traunstein 27,90, Straubing 2,79, Passau 324, Pfarrkirchen 237, Augsburg 81,36

Dillingen 3,84, Illertissen 6,35, Kaufbeuren 4,62, Zinnenstadt 24,51. Summa 221,77. Magdeburg, sozialdem. Verein, 2. Quart. 1908, 700.—. München, Landesorganisations, Rückzahlung auf Darlehen zur Landtagswahl 2500.—. Niederfeldig, Beitrag zur Maßfeier gef. v. d. Lithographen (außer 6) der A.-G. für Kunstdruck 10,60. Niedermörsch, 19. sächsischer Wahlkreis 150.—. Otensen, sozialdemokr. Zentralwahlverein für den 6. schlesw.-holst. Wahlkreis 1441.—. Ogersheim, v. sozialdemokratischen Verein durch Auflösung der Jungen Garde 80.—. Plönitz i. Vogtl., „Troß alledem“ 50.—. Oldenburg (Großh.), Wahlkreisbeitrag 1. Quart. 08 132,56. Potsdam-Dishavelland, Wahlkreisbeitrag 397.—. Stockelsdorf, Beitrag d. Fürstentums Lübeck 4. Quart. 07 163,14. Salzweid-Garbelagen, sozialdemokr. Wahlverein, 1. Quart. 08 33,80. Schwiebus, sozialdemokr. Wahlverein für den Wahlkr. Züllichau-Grossen 46,85. Schwedt a. D., Wahlkr. Prenzlau-Ingermünde 1. Quart. 08 38.—. Soeff, Wahlkr. Damm-Soeff 120.—. Stuttgart, G. U. 10.—. Saargemünd-Fordach, sozialdemokr. Kreisverein, 1. Quart. 08 2,84. Schwäbisch-Hall, Beitrag des 11. württemb. Wahlkr. 1. Quart. 08 30,56. Tönnig, 4. schlesw.-holst. Wahlkreis 1. Quart. 08 35,34. Vegeßack, Kreiswahlverein für den 18. hannov. Wahlkr., 3. u. 4. Quart. 07 372,90. Weimar, Beitrag des 1. weimarsch. Wahlkreis, 2. u. 3. Quart. 1907/08 170,60. Zittau, sozialdemokr. Wahlverein des 1. sächsischen Wahlkr., 4. Quart. 07 u. 1. Quart. 08 361,60. Zeig-Weißensfels-Raumburg, Wahlkreis 800.—.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Lindenstr. 69.

Sprechsaal.
(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Von der Baudeputation.
Schon wiederholt sind Klagen laut geworden wegen der bei der Baudeputation herrschenden Zahlungsmethode. Auch ich muß heute eine Beschwerde an die Öffentlichkeit richten über die Mißstände, die auf diesem Gebiete dort herrschen. Ich war längere Zeit bei der Baggerarbeit in Travemünde beschäftigt, wo wir mit Doppelschicht arbeiteten. Da nun der Baggerbetrieb eingeschränkt wurde — weshalb wir nicht — wurden wir mit mehreren Arbeitern am 13. Juni gekündigt. Es ist nun doch allgemein üblich, daß zur Lösung des Arbeitsverhältnisses auch jedem das verdiente Geld und Papiere eingehändigt wird. Wir mußten also beides am 27. Juni erhalten. Uns aber wurde nun die Nachricht zuteil: am Montag, den 29., morgens 8 Uhr, ist Zahlung im Bauverein. Auch das konnten wir noch verschmerzen. Aber als wir dort waren, wurden wir bis mittags 12 Uhr vertrieben. Da erhielten wir auch endlich unser langersehntes Geld, aber die Papiere — die mußten wir nachmittags vom städtischen Bauamt holen. Hier sollte doch wirklich einmal von der vorgelegten Behörde Wandel geschaffen werden, damit nicht der Arbeiter, der doch ohnehin nur einen kärglichen Lohn verdient, noch einen ganzen Tag warten muß, bevor er mit dem Arbeitgeber Staat auseinandersetzt. Hoffentlich tragen diese Zeilen zur Abstellung der gerügten Mißstände bei.
Ein Arbeiter.

Literarisches.

Die Neclausche Universalbibliothek hat, wie wir bereits berichtet haben, das 5000ste Bändchen herausgegeben. Aus der Jubiläumsserie, d. h. aus den Reihen der Bände von Nr. 4991 bis 5000 möchten wir folgende Werke kurz besonders hervorheben:

Nr. 4992/4993. Wilh. Ostwald, Grundriß der Naturphilosophie. Dieses Werk leitet in klarer und eindrucksvoller Darstellung in die heutige Naturphilosophie ein, die, auf bretester erfahrungsmäßiger Unterlage sich aufbauend, nicht vom Leben abführt, sondern vielmehr in engerer Fühlung zu den Fragen der Gegenwart steht und ihre Probleme in Sinne unserer modernen Zeit aufstiftet und zur Lösung bringt.

Nr. 4994. Adolf Wilbrandt, König Zeja. Trauerspiel in fünf Aufzügen. Der in Rostock lebende Dichter bietet ein dramatisch bewegtes Bild germanischen Lebens in kraftvoller und dennoch poetischer Sprache.

Nr. 4995. 4996. Paul Bourget. Der Luxus der Andern. Roman. Bourget gibt in diesem Buch ein vorzügliches Beispiel seiner Eigenart, die uns in das Pariser Journalistenleben einführt und ein ergreifendes Familiendrama, dessen Urheber der Dämon Luxus ist, vor unseren Augen sich abspielen läßt.

Nr. 4997. Heinrich Hansjakob. Der Theodor. Ein Lebensbild aus dem Schwarzwald. „Der Theodor“ ist eine der unterhaltendsten Geschichten des bekannten Schriftstellers, nicht allein wegen der prächtigen Charakteristik ihres Helden, sondern auch wegen der bei Hansjakob beliebten mannigfachen Abschweifungen, der „Schlenker“, die hier zum Beispiel spannende Schilderungen der postvollenen alten Schwarzwälder Fälscher, des alten Handwerks, ferner des badischen Lustlandes u. a. bieten.

Nr. 5000. Otto Ernst, Vom Strande des Lebens. In den kleinen Geschichten, die unter dem Titel „Vom Strande des Lebens“ erscheinen, zeigt sich der Verfasser als ein Dichter, dem tiefer Ernst, aber auch sonniger Humor innewohnt. Man wird seinen Erzählungen gern folgen.

Alle diese Bändchen sind mit einer Einleitung und dem Bildnis des Autors versehen. Durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co. sind alle Nummern aus Neclaus Universalbibliothek zu beziehen.

„Giordano Bruno“, der Name des Mannes, dem Italien auf dem Campo di Fioni, wo er vor dreihundert Jahren gefoltert und lebendig verbrannt wurde, ein Ehrenmal errichtet hat, wirkt auf den Gebildeten der Gegenwart wie ein Lichtstrahl, ja, wie eine Lichtflut, die sich Eintritt verschafft in dunkle abgeschlossene Gemäcker. Zunächst allerdings fühlt man nur den grellen Kontrast des Jähren Überganges. Und so allein empfanden diejenigen, die als berufene Hüter der mittelalterlichen Dunkelkammern dem Lichtträger Giordano Bruno den Weg verperren wollten. Es ist das Verdienst unserer Zeit und der heutigen Forschung, diesen geistigen Riesen des Mittelalters erkannt und in seiner überragenden Größe gewürdigt zu haben.

Mit Recht sagt Ernst Haackel: „Die Flammen von Brunos Scheiterhaufen leuchten heute heller denn je. Sie werfen das sonnenklare Licht der Wahrheit auf die großen Gedanken der einheitlichen Weltanschauung.“ In diesem Sinne hat Dr. Reiner in der Kollektion Kulturträger Giordano Bruno und seiner Weltanschauung ein wohlverdientes Denkmal gesetzt. Der Giordano Bruno noch nicht kennt und sich mit ihm vertraut machen will, dem sei Dr. Reiner im Verlag von Hermann Seemann Nachfolger Berlin NW. 87 zum Preis von 1 Mk. erscheinene, populär und anregend geschriebene Buch bestens empfohlen.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lübeck.